

# Stenographischer Bericht

über die

## Verhandlungen des Bayerischen Landtags

### Vierundfünfzigste öffentliche Sitzung

Nr. 54

Mittwoch, den 18. Februar 1948

II. Band

	Seite
Geschäftliches . . . . .	863, 884
Gluckwünsche des Präsidenten zum 50. Geburtstag des Abgeordneten Maag (SPD) . . . . .	863
Wahlen zum Wirtschaftsrat.	

Redner:

Stoß (SPD) . . . . .	864, 865
Dr. Kroll (ESU) . . . . .	864
Dr. Einnert (FDP) . . . . .	865
Hausleiter (ESU) . . . . .	865—866
Dr. Müller (ESU) . . . . .	866—868
von Knoeringen (SPD) . . . . .	868
Dr. Lacherbauer (ESU) [zur Geschäftsordnung]	868
Stoß (SPD) [zur Abstimmung] . . . . .	869
Dr. Lacherbauer (ESU) [zur Abstimmung] . . . . .	869
Dr. Hundhammer (ESU) [zur Abstimmung] . . . . .	869
Dr. Rindt (ESU) [zur Geschäftsordnung] . . . . .	870

Erklärung des Abgeordneten Höllner (WV) . . . . .	870
Persönliche Bemerkung des Abgeordneten Dr. Hoegner (SPD) . . . . .	870

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums des Innern für das Rechnungsjahr 1947 (Beilage 874) mit den einschlägigen Regierungsvorlagen und Anträgen — Fortsetzung der Beratung.

Redner:

von Knoeringen (SPD) . . . . .	871—880
Bodesheim (FDP) . . . . .	880—882
Krempf (ESU) . . . . .	882—884

Mitteilung des Ministerpräsidenten über den Befehl der Militärregierung bezüglich Mißbilligung der Wiederwahl Dr. Semlers in den Wirtschaftsrat.

Redner:

Ministerpräsident Dr. Ehard . . . . .	884
Dr. Hundhammer (ESU) . . . . .	884

(Die Sitzung wird vertagt.)

Die im Sitzungsaal des Oberfinanzpräsidiums stattfindende Sitzung wird um 14 Uhr 14 Minuten durch den Präsidenten Dr. Horlacher eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Nach Art. 4 Abs. 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt bzw. beurlaubt die Abgeordneten Ammann, Anetseder, Bezold Georg, Centmayer, Frau Deku, Fischer Wilhelm, Freundl, Dr. Gromer, Hofer, Dr. Huber, Dr. Laforet, Lugmair, Koith und Scharf. Anderweitig entschuldigt sind die Abgeord-

~ er. d. Bayer. Landtags 1948 II. Bd. 54. Stg. (Sch)

neten Bachmann, Berger Rupert, Hofmann, Kübler und Meißner.

Es ist erfreulich, daß das Haus heute ziemlich stark besetzt ist und die Zahl der Erkrankungen und Entschuldigungen wesentlich abgenommen hat.

Das Mitglied des Hauses Herr Johann Maag vollendet in diesen Tagen das 50. Lebensjahr. Die Sonne Frankens hat zweierlei in ihm besonders wachsen und gedeihen lassen: seine Arbeitsfreude und seinen Humor. Schon als 26jährigen haben ihn seine Freunde in den Gemeinderat und in den Bezirks- und Kreistag gewählt. In verhältnismäßig recht jungen Jahren betrafen ihn auch seine Arbeitskollegen zum Betriebsratsvorsitzenden der Maschinenfabrik König & Bauer in Würzburg. Er ist immer aufs engste mit seiner unterfränkischen Heimat und ihrem Wirtschaftsleben verbunden und verwachsen gewesen. Bei unseren Landtagsarbeiten ist er besonders in landwirtschaftlichen Fragen ein gern gehörter Mitberater. Dem Verfolgungswahn des Dritten Reichs hat auch Herr Maag seine bitteren Opfer bringen müssen. Wir beglückwünschen Herrn Maag aufs herzlichste und hoffen, ihn noch recht lange in voller Schaffenskraft in unseren Reihen zu sehen. (Beifall.)

Wir treten nun in die Tagesordnung ein:

#### 1. Wahlen zum Wirtschaftsrat.

Hierzu darf ich zunächst folgendes bekannt geben: In Art. II Abs. 1 der Proklamation der amerikanischen Militärregierung heißt es:

Der Wirtschaftsrat setzt sich nach seiner Umbildung zusammen aus: erstens den 52 Mitgliedern des bestehenden Wirtschaftsrates, zweitens 52 weiteren Mitgliedern, die von den Landtagen auf derselben Grundlage gewählt werden, nämlich ein Mitglied für je 750 000 Einwohner und für eine Restzahl von mehr als 375 000 Einwohnern ein weiteres Mitglied, jedoch mindestens ein Mitglied für jedes Land, und zwar hinsichtlich des Verhältnisses der politischen Richtungen in der gleichen Verteilung, wie sie jeder Landtag bei der Wahl der ersten 52 Mitglieder vorgenommen hat.

Der Ältestenrat hat sich in seiner Sitzung mit dieser Bestimmung beschäftigt. Ihr Sinn ist ein doppelter: Die bisher gewählten 52 Mitglieder bleiben bestehen und es treten 52 weitere Mitglieder dazu. Hinsichtlich des Verhältnisses der politischen Parteien ist die gleiche Verteilung maßgebend, wie sie jeder Landtag bei der Wahl der ersten 52 Mitglieder getroffen hat. Auf Bayern entfallen jetzt insgesamt 24 Mit-

**(Präsident)**

glieder. Die ersten 12 Mitglieder sind schon zum ersten Wirtschaftsrat gewählt worden, so daß jetzt noch 12 weitere Mitglieder zu wählen sind. Der Ältestenrat schlägt vor, daß hiervon 6 Mitglieder auf die CSU, 3 auf die SPD, 1 auf die FDP und 1 auf die KPD entfallen. Ob der noch verbleibende eine Vertreter aus der Fraktion der WVB oder des Deutschen Blocks zu wählen ist, wird der Landtag noch zu entscheiden haben. Hier liegen zwei Vorschläge vor.

Wir treten nunmehr in die Wahlhandlung selbst ein, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Von der Fraktion der CSU sind vorgeschlagen:

1. Dr. Dengler Fritz, Regensburg, Maximilianstraße 1, geboren am 12. 12. 1901, Notar;
2. Frau Lang-Brumann Thusnelde, München-Waldtrudering, Tsingtauer Straße 105, geboren am 15. 4. 1880, Rektorin;
3. Schütz Hanns, München, Sternstraße 15/IV, geboren am 14. 2. 1901, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Union der Ausgewiesenen (ehemaliger Landtagsabgeordneter);
4. Dr. Semler Johannes,

(hört, hört! bei der SPD)

München, Grünwalder Straße 205, geboren am 16. 2. 1908, Wirtschaftsprüfer;

5. Strauß Franz Josef, Schongau, geboren am 6. 9. 1915, Landrat in Schongau, Oberregierungsrat im Innenministerium, Jugendamt;
6. Dr. Zwicknagl Max, Rott am Inn, geboren am 6. 7. 1900, Landwirt und Brauereibesitzer.

Ich lasse, wenn kein Widerspruch erfolgt, über die ganze Liste abstimmen.

(Stock: Ich bitte um das Wort.)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete **Stock**.

**Stock (SPD):** Meine Damen und Herren! Wir bestreiten keiner Fraktion das Recht, ihre Vorschläge für den Wirtschaftsrat so vorzunehmen, wie sie es für notwendig hält, aber den Vorschlag des Herrn Dr. Semler auf der Liste der CSU betrachten wir nach allem, was sich hier abgespielt hat, als Provokation. Wir glauben, wenn Herr Dr. Semler auf der Liste der CSU bleibt, dann wird das ganze bayerische Volk die Zeche zu zahlen haben. Deshalb können wir der Liste, wenn Dr. Semler auf ihr bleibt, unsere Zustimmung nicht geben.

(Beifall bei der SPD.)

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Kroll.

**Dr. Kroll (CSU):** Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Es bleibt jeder Fraktion unbenommen, zu den Vorschlägen der anderen Fraktionen Stellung zu nehmen. Im Fall Dr. Semler darf ich im Namen meiner Fraktion das Bedauern ausdrücken, daß die SPD glaubt, in der Aufstellung eine Provokation der Befugungsmacht erblicken zu müssen. Wir erblicken in dem Falle Dr. Semler lediglich eine Frage, ob in Deutschland eine Demokratie oder eine Marionetten-Demokratie besteht.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Die Frage der Wiederaufstellung Dr. Semlers halten wir aber, nachdem die vorgebrachten Klagen keineswegs das gehalten haben, was sie versprochen hatten,

für einen Akt der Gerechtigkeit und wir werden es uns durch keinerlei Einwände nehmen lassen, Dr. Semler wieder auf die Vorschlagsliste zu setzen. Es wurde die Bemerkung gemacht, daß Dr. Semler sich wegen der Form gewisser Äußerungen entschuldigt hat. Niemand hat dies bestritten. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, daß ich genügend Material habe, das lediglich aus der „Neuen Zeitung“ oder anderen hier in München veröffentlichten Zeitungen stammt, welches durchaus geeignet wäre, die Anklagen oder Vorwürfe, die Dr. Semler wegen der bizonalen Wirtschaftspolitik erhoben hat, auf das nachdrücklichste zu unterstreichen.

Ich will es mir ersparen, auf Einzelheiten einzugehen, möchte aber doch an folgendes erinnern: Der Herr Ministerpräsident hat in einer Rede, die er vor nicht allzu langer Zeit hier in diesem Hause gehalten hat, darauf hingewiesen, daß ein sehr großes Angebot an Fleisch an das Ruhrgebiet gelangt und daß dieses Angebot mit der Bemerkung abgelehnt worden ist, Deutschland stünde kein Fleisch zu. Auf der anderen Seite ist von Schweden den bayerischen Gewerkschaften ein Fettangebot gemacht worden, das gleichfalls abgelehnt worden ist. In der gleichen Nummer des „Münchner Merkur“, in der die Ablehnung vermerkt war, stand zu lesen, daß in USA aus Schweineschmalz Seife hergestellt werden muß, um die Fettpreise noch einigermaßen zu halten. Über diese Dinge darf auch einmal hier im Landtag gesprochen werden, und wir erachten es für eine Notwendigkeit der Demokratie, darauf hinzuweisen, daß jede Verknüpfung einer möglichen Bestrafungspolitik mit dem demokratischen Wiederaufbau eine der größten Torheiten der Weltgeschichte sein dürfte.

(Sehr gut! bei der CSU.)

Ich habe in meiner Coburger Rede ausgeführt, daß man das einmal grundsätzlich trennen soll. Man möge über uns Jahre des Hungers verhängen und das klar sagen. Dann wird das Volk es verstehen. Aber man soll diese Dinge nicht mit dem demokratischen Aufbau vermischen und noch weniger glauben, daß aufrechte Männer sich dazu hergeben, diese Dinge zu decken, wenn sie die Augen geöffnet haben und die Dinge sehen. Hier muß einmal Fraktur gesprochen werden. Es muß gesagt werden: Gewisse Dinge können wir vertreten und andere können wir nicht vertreten.

(Zuruf von der SPD.)

— Es ist nur gut, wenn andere auch reden, meine Herren von der SPD. Hiergegen haben wir nichts einzuwenden, wir begrüßen es vielmehr auf das lebhafteste. Herr Dr. Semler hat für das, was er gesprochen hat, Material zusammengestellt und es erscheint täglich in den Zeitungen. Wir können nicht einsehen, warum wir durchaus die Demokratie damit aufbauen wollen, daß wir nur Männer züchten, die an anderer Stelle einmal durch den Rundfunk von New-York als sogenannte Ja-Sager oder Yes-men uns gezeigt wurden. Wir danken dafür und treten für Dr. Semler ein.

(Lebhafter Beifall bei der CSU.)

**Präsident:** Herr Abgeordneter Dr. Kroll, ich möchte hier nur einen Ausdruck nicht unwiderprochen lassen, das ist der mit dem „Fraktur reden“. Das möchte ich korrigieren.

Das Wort hat nunmehr der Herr Abgeordnete Dr. Linnert.

**Dr. Linnert (SPD):** Meine Damen und Herren! Nach den Bestimmungen der Proklamation haben die Landtage darüber zu entscheiden, welche Abgeordneten sie zum Wirtschaftsrat entsenden wollen. Dies ist ein Recht, das die Landtage sich unter keinen Umständen nehmen lassen sollten. Deshalb kann es natürlich auch vorkommen, daß eine Fraktion mit dem Vorschlag einer anderen Fraktion nicht einverstanden ist. Die Konsequenz, daß solche Auseinandersetzungen stattfinden, müssen wir tragen.

Im Fall Dr. Semler glaube ich aber, haben wir keine Veranlassung, diese Sache auf die Spitze zu treiben. Dr. Semler hat zweifellos bei seinen Ausführungen in Erlangen nicht alle Redewendungen so gebraucht, daß er sie heute noch vertreten kann. Er hat sich deswegen entschuldigt und damit, glaube ich, ist für ihn als Mann zunächst die Sache erledigt. Dr. Semler war ein Mann in prominenter Stellung. Bei meinen Ausführungen im Landtag habe ich kein Hehl daraus gemacht: Ich hätte von ihm als prominenten Vertreter erwartet, daß er seine Ausführungen etwas sorgfältiger überlegt hätte. Ich muß aber doch sagen: Wenn wir uns als Exponenten unseres Volkes betrachten, so wissen wir genau, daß die Grundhaltung seiner Rede vom ganzen Volk geteilt wird. Dies wissen wir.

(Sehr richtig! bei der CSU und SPD.)

Es ist notwendig, daß auch einmal in sachlich einwandfreier Form darauf hingewiesen wird, welche psychologischen Fehler unsere Besatzungsmacht andauernd begeht.

(Sehr richtig! rechts.)

Dies müssen wir als Vertreter des Volkes sagen, auch wenn wir vielleicht Gefahr laufen, nun nicht an jeder Stelle beliebt zu sein. Abberufen wird man uns ja wohl nicht gut können. Schon diese Abberufung haben wir nicht gerade mit Vergnügen entgegengenommen. Man hört doch immer wieder und man fordert uns doch — ich erinnere hieran im Hinblick auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Kroll — dauernd in der Presse, und gerade in der amerikanisch beeinflussten Presse, dazu auf, einmal Kritik zu üben und zu sagen, was uns bedrückt. Wenn dies nun geschieht und die Form verletzt, diese Verletzung aber zurückgenommen worden ist, dann, glaube ich, haben wir keine Veranlassung mehr, in dieser Frage noch irgend etwas zu überspizen. Ich glaube, es wird einen guten Eindruck machen, wenn ein Sachkenner zu Wort kommt.

Die Beispiele, die der Herr Abgeordnete Dr. Kroll gebracht hat, könnte man ins Unendliche fortsetzen. So z. B. das Fett! Was sollen wir Deutschen sagen, wenn uns verkündet wird, wir können kein Fett mehr bekommen, weil die Weltfettverteilung dadurch in Unordnung geriete? Was sollen wir dazu sagen, wenn wir aus einem solch formalen Grunde kein Fett bekommen? Das ist ein unhaltbarer Zustand. Deshalb, glaube ich, müssen wir klar und deutlich sprechen. Wir jedenfalls werden der Wahl Dr. Semlers zustimmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der CSU und SPD.)

**Präsident:** Das Wort hat der Abgeordnete Stock.

**Stock (SPD):** Meine Damen und Herren! Was Herr Dr. Linnert gesagt hat, unterstreiche ich ohne weiteres. Sie können den Vertretern der Sozialdemokratie gewiß nicht nachsagen, daß sie vor lauter Bück-

lingen oder ähnlichem vor der Militärregierung nicht das gesagt hätten, was im Interesse des deutschen Volkes zu sagen notwendig war. Diese Worte wären wohl besser an andere Kreise gerichtet worden. Wir haben die Schuld, das zu sagen, was im Interesse des Volkes liegt.

Aber, Herr Dr. Linnert, Sie verwechseln hier etwas. Wir hätten nichts dagegen gehabt, meine Herren von der CSU, wenn Dr. Semler dort, wo er war, als Direktor des Wirtschaftsamt in Frankfurt im Beisein der Amerikaner erklärt hätte: Meine Herren, so geht das nicht weiter. Ich habe die Kenntnis davon, daß es so und so gemacht werden und daß eine Umstellung erfolgen muß, nicht allein im Interesse des deutschen Volkes, sondern auch in Ihrem eigenen Interesse, damit Sie das Prestige, das Sie noch besitzen, nicht verlieren. Aber man kann nicht nach Erlangen fahren und sich erst vergewissern, ob diese Sitzung ganz intern ist und ob nicht irgendwie das, was man sagt, hinausgetragen werden kann, und dann vom Leder ziehen.

(Dr. Hundhammer: Es waren ja amerikanische Vertreter dabei.)

— Dr. Semler soll nicht gewußt haben, daß auch Vertreter der Amerikaner anwesend waren.

(Dr. Hundhammer: Sie sind offiziell begrüßt worden.)

— Er war ja nicht da, sondern ist später gekommen. Das war ja gerade sein Unglück, Herr Dr. Hundhammer. (Widerspruch bei der CSU.)

— Ich muß mich darauf stützen, was ich aus der Presse weiß: daß nämlich Dr. Semler erst dann, als er meinte, die Angelegenheit werde ganz intern erledigt, glaubte, dann den Amerikanern einmal die Meinung sagen zu können. Er soll dann ganz erschrocken sein, als er seine Rede nachher in der Presse gelesen hat.

(Widerspruch und erregte Zwischenrufe von der CSU.)

— Bitte, so hat es die Presse geschrieben.

(Zurufe von der CSU.)

— Mit Brüllen können Sie mich nicht aus dem Konzept bringen; dafür bin ich zu lange im Landtag. Da können Sie brüllen, solange Sie wollen. Sie müssen sich schon bei der Presse beschweren, nicht bei mir, wenn es nicht stimmt. Nun hat man dann noch sehr schnell zwei Reden, wohlgemerkt: zwei Reden, konstruiert, eine für sich und eine für die Amerikaner, aber so geht es ja nicht.

(Erregte Zurufe von der CSU.)

Wenn einmal etwas festgelegt ist, ist es festgelegt. Dr. Semler hat nicht den Mut aufgebracht, dieses sein Wissen dort anzubringen, wo es notwendig gewesen wäre, nämlich im Beisein der Amerikaner in Frankfurt, wo auch die Wirtschaftsamtbeamten anwesend sind. Er hat vielmehr nur im internen Kreis gesprochen und dann waren noch immer Unwahrheiten dabei. Aus diesem Grunde sind wir nicht in der Lage, der Kandidatur von Dr. Semler unsere Zustimmung zu geben.

(Beifall bei der SPD.)

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Haußleiter.

**Haußleiter (CSU):** Meine Damen und Herren! Ich glaube, die Diskussion um Dr. Semler ist auf eine etwas schiefe Ebene geraten, und ich möchte deshalb etwas sagen, was vielleicht die Spannung bis zu einem gewissen Grade lösen kann.

**(Sprecher [CSU])**

Der Herr Abgeordnete Stock ist vielleicht doch nicht genau informiert über die Erlanger Vorgänge. Ich nehme an, daß unser Freund Semler die Vertreter der amerikanischen Militärregierung im Saal gesehen hat. Wir haben sie alle gesehen, und sie sind in seiner Anwesenheit begrüßt worden. Wir wollen hier nicht Legenden entstehen lassen, das wäre falsch. Er hat dort aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht. Dabei hat er vor einer engen Auswahl von Parteifreunden gesprochen und mußte dort wohl nicht alles in seiner ganzen Breite aufrollen; denn er wußte, daß die Leute zu seinen Füßen vieles längst kannten. Dr. Semler hat einen Ausschnitt aus seiner Arbeit in Frankfurt gegeben. Dieser Ausschnitt war so klar, so deutlich, daß ich es bis zu einem gewissen Grade begrüßt habe, daß diese Dinge einmal öffentlich diskutiert wurden. Wenn nämlich unser Volk nicht das Gefühl erhält, daß seine demokratischen Vertreter das aussprechen, was ihm auf den Nägeln brennt, entsteht ein im Dunkeln schmelender Nationalismus. Wissen Sie, was der Nährboden Adolf Hitlers gewesen ist? Es war das Gefühl, die Demokratie vertritt nicht die wahren Interessen des Volkes. Das war auch das Argument Adolf Hitlers.

(Zuruf von der SPD.)

— Sie werden es nicht erleben, daß wir Ihnen dort widersprechen, wo einer von Ihnen die ganze Not und die ganze Sorge und das ganze Elend unseres Volkes einmal offen zum Ausdruck bringt. Den Nationalismus müssen wir vermeiden. Das möchte ich Ihnen sagen. Wenn wir uns gegenseitig dort diffamieren, wo wir für unser Volk sprechen, wenn wir fortgesetzt unsere demokratische Legitimation anzweifeln, dann liefern wir den Gegnern der Demokratie in unserem Volk ausgezeichnete Argumente. Davor möchte ich Sie aber warnen.

Und nun, bitte, stellen Sie sich im Augenblick die Lage vor, ganz realistisch, ganz nüchtern! Ich muß Ihnen sagen: Mit ernster Sorge habe ich die Vorgänge und die Absetzung Dr. Semlers verfolgt. Ich habe sie in Bayreuth — der Rundfunk hat es ein wenig perspektivisch verkürzt gemeldet — gehört. Die persönlich gereizte Form der Ansprache Dr. Semlers habe ich sofort für unglücklich gehalten. Er war von sehr ernststen Verhandlungen auch persönlich leicht gereizt gewesen. Gut, er hat sich entschuldigt; die Entschuldigung ist angenommen worden. Der persönliche Fall war geklärt. Wenn wir eine wirkliche Demokratie in Deutschland haben wollen, mußte folgendes geschehen: Die Tatbestände, die Dr. Semler erwähnte, mußten klar untersucht werden. Sodann mußte gesagt werden: In diesen Punkten hat er recht, in jenen hat er unrecht. Diese Untersuchung steht noch aus, sie fehlt noch. Wissen Sie, was jetzt unser Volk glaubt? Der Mann auf der Straße, ob er nun der SPD oder der CSU angehört oder was er sonst immer ist, sagt: Wenn einer einmal das Maul aufmacht, verschwindet er. Das ist ein bedenkliches Argument für den neuen Nationalismus, der von unten hochwächst.

Wissen Sie, was wir jetzt tun müssen? Wir müssen sagen: Dr. Semler, von einem deutschen Parlament gewählt, muß von einem deutschen Parlament aberufen werden, wenn er Fehler macht. Infolgedessen müssen wir hier dafür eintreten, daß unsere Parlamente ihre demokratische Legitimation auch gegen-

über der Befugungsmacht erweisen. Das ist auch notwendig, damit keine Mißverständnisse über unser Verhältnis zur Befugungsmacht entstehen. Wir haben den Willen, mit der Befugungsmacht aufrichtig zusammenzuarbeiten. In unserer Absicht, ihr die Not unseres Volkes zu sagen und sie auf psychologische und politische Fehler aufmerksam zu machen, wo sie solche begeht, führen wir das Gespräch um Dr. Semler weiter. Wenn Dr. Semler verschwände, so wäre das nach Ansicht des Volkes ein Fall Kaiser und Lemmer im Westen. Wenn er aber die Möglichkeit bekommt, weiter zu sprechen, wenn die Möglichkeit besteht, den Fall zu klären, wenn klargestellt wird: hier herrscht Demokratie und hier wird das demokratische Gespräch fortgeführt, sowohl unter uns als auch mit der Befugungsmacht, dann tun wir nicht nur unserem Volk, das hungert, sondern dann erweisen wir der Demokratie in Deutschland einen großen Dienst.

Darum geht es. Daher hätte ich es für glücklich gehalten, weil es nicht nur um die Person, sondern weil es um die Legitimation eines Parlaments gegenüber der Befugungsmacht geht, wenn dieses Parlament sich in dieser Stunde hätte einbringen können in der Klärung eines demokratischen Gesprächs, eines Streitfalls, der nur auf demokratische Weise zu einem guten Ende geführt werden kann.

**Präsident:** Herr Abgeordneter, wenn ich Sie recht verstanden habe, haben Sie den Vergleich mit dem Fall Kaiser und Lemmer nicht in dem weitgreifenden Sinne gemeint, daß daraus geschlossen werden könnte —

**Sprecher (CSU):** — Ich habe gesagt, damit nicht in unserem Volk das Mißverständnis entsteht, als läge hier ein Fall Kaiser vor. Dieses Mißverständnis wurde hier und dort bewußt von Gegnern der Demokratie in der Westzone hochgezüchtet. Darüber gibt es gar keinen Zweifel.

**Präsident:** Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Müller.

**Dr. Müller (CSU):** Wir sprechen über einen Abwesenden. Dr. Semler ist nicht da, er hat also keine Möglichkeit, selbst seine Gedankengänge vorzutragen. Vor mir liegt die Verteidigungsschrift, die er einzureichen beabsichtigt hatte, schon bevor seine Absetzung durchgeführt wurde. Es wäre zweifellos zweckmäßig gewesen, in einem solchen Fall zunächst eine Frist zu setzen. Diese Frist ist nicht gesetzt worden. Herr Dr. Semler hat jetzt die Verteidigungsschrift fertiggestellt, sie wird eingereicht werden. Das zur Klarstellung. Ich darf mir gestatten, nach dem Grundsatz, auch der andere Teil soll gehört werden, die Einführung und den Schluß dieser Verteidigungsschrift Ihnen bekanntzugeben. Es würde natürlich zu weit führen, auf die Einzelheiten der sachlichen Darstellung einzugehen.

**Dr. Semler erklärte:**

Nach meiner Rede in Erlangen am 4. Januar 1948 hat OMGUS die Richtigkeit meiner Äußerungen bestritten.

Ich habe daraufhin alsbald mit einer Zusammenstellung der Unterlagen und Belege begonnen, um die Richtigkeit meiner Angaben unter Beweis zu stellen, und General Clay gebeten, vor einer endgültigen Stellungnahme der beiden Militärgouverneure zu meiner Erlanger Rede den von mir angebotenen Beweistritt abzuwarten.

(Dr. Müller [CSU])

Im Wirtschaftsrat haben sich der Hauptausschuß und der Wirtschaftsausschuß bei ihrem ersten Zusammentritt nach Neujahr alsbald mit meiner Erlanger Rede befaßt. Seitens einer Fraktion wurde ein Mißbilligungsantrag wegen der Form meiner Äußerungen eingebracht. Eine Behandlung durch den Wirtschaftsrat wurde zurückgestellt, bis der von mir zugesagte Kommentar meiner Rede den beiden Militärgouverneuren zugegangen wäre.

Bevor ich diesen Kommentar überreichen konnte, wurde ich mit Schreiben vom 24. Januar 1948 mit sofortiger Wirkung von den beiden Militärregierungen meines Amtes enthoben.

In dem Abberufungsschreiben heißt es: "The statements made in this speech with respect to payments for food and coal are not in accordance with the facts".

In sachlicher Beziehung wird darnach meine Abberufung darauf gestützt, daß ich zu den beiden erwähnten Punkten falsche Angaben gemacht hätte. Ich beschränke mich daher in diesem Kommentar auf den Nachweis, daß meine sachlichen Angaben zu diesen beiden Punkten richtig sind. Zu den übrigen, in den Abberufungsschreiben nicht erwähnten Punkten stehen die Beweisunterlagen in gleicher Weise zur Verfügung.

Es war nicht meine Absicht, in diesem Kommentar meiner Rede persönliche Angelegenheiten zu berühren. Nachdem aber meine Abberufung auch darauf gestützt ist, daß der allgemeine Ton meiner Beanstandungen nicht objektiv sei, sondern eine Einstellung böswilliger Opposition gegenüber den Besatzungsmächten verrate, füge ich den sachlichen Ausführungen einige persönliche Bemerkungen hinzu, um darzutun, daß die Auffassung der Militärgouverneure in diesem Punkt irrig ist.

Ich darf dann noch seine persönlichen Bemerkungen verlesen gegen den Vorwurf, er habe Opposition gegenüber den Besatzungsmächten gemacht. Dr. Semler erklärte hierzu:

Auf alliierter Seite wird man sicherlich nicht erwarten, daß alle Entscheidungen der Besatzungsmächte während der letzten 2 1/2 Jahre auf deutscher Seite Zustimmung finden. Aber wie auch immer die eine oder andere Entscheidung der beiden Besatzungsmächte sich von deutscher Seite aus ansehen mag, ich habe nicht vergessen und werde nicht vergessen, daß es uns Deutschen nicht möglich gewesen ist, uns aus eigener Kraft von der Tyrannei Hitlers zu befreien.

Die Annahme der Militärgouverneure, ich befände mich in Opposition — und gar in einer böswilligen Opposition — gegenüber den Besatzungsmächten, trifft daher nicht zu.

Wenn der Inhalt meiner Rede bei den Militärregierungen den Eindruck einer Opposition hervorgerufen hat, so resultiert das nicht aus meiner geistigen Haltung. Ich habe 1945 wie fast alle aufrichtigen, politisch unbelasteten Deutschen das Bemühen der Militärregierungen gewürdigt und dankbar anerkannt, in dem Chaos der beiden Besatzungszonen, das uns als Erbe Hitlers hinterblieben war, Ordnung zu schaffen.

Mit tiefer Besorgnis und aufrichtigem Bedauern habe ich verfolgen müssen, wie das große Kapital an Vertrauen und Zuversicht, das von allen klar denkenden Deutschen zunächst den beiden Militärregierungen entgegengebracht wurde, zunehmend dahingeschwunden ist.

Trotz dieser Tatsache ist es meine ehrliche Überzeugung geblieben, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands nur möglich ist in enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den Siegermächten. Diese Einstellung konnte und durfte mich aber nicht daran hindern, Kritik zu üben, wo Kritik im Interesse einer solchen Zusammenarbeit und zur Erhaltung und Wiederherstellung einer Vertrauensbasis notwendig war. Nachdem sich die Militärregierungen den ersten und wohlbegründeten Darlegungen von deutscher Seite so oft verschlossen hatten, blieb mir nichts anderes, als das zu sagen, was gesagt werden mußte.

Vom Standpunkt meines persönlichen Interesses aus wäre es sicherlich klüger gewesen, ich hätte geschwiegen. Aber ich bin ein Mann des Rechts und in der fünften Generation Jurist. Ich bin Deutscher und war in meinem Amt dem Volk, zu dem ich gehöre, verantwortlich. Wenn diese geistige Haltung von den Militärgouverneuren als „böswillige Opposition gegenüber den Besatzungsmächten“ angesehen wird, so mag es so sein.

Ich glaube nicht, daß eine einzige Persönlichkeit aus dem Kreise des Bipartite Control Office in Frankfurt/Main, mit dessen Dienststellen ich seit einem halben Jahr in fast täglicher enger Verbindung gearbeitet habe, gegen mich den Vorwurf erheben wird, daß ich es an Loyalität, Besonnenheit oder Höflichkeit habe fehlen lassen.

Meine Einstellung diesen alliierten Dienststellen gegenüber ist auch nach meiner Erlanger Rede bis zu meiner Amtsenthebung die gleiche geblieben. Aus keiner Stelle meiner Rede ist zu entnehmen, daß ich nicht bereit wäre, loyal mit den Dienststellen der Militärregierungen zusammenzuarbeiten. Dagegen habe ich mehrfach klar ausgesprochen, daß ich die Verantwortung für die Weiterführung meines Amtes dann nicht länger tragen könnte und würde, wenn nicht seitens der Militärregierungen gewisse Voraussetzungen geschaffen würden, die für einen Erfolg meiner Arbeit unerlässlich wären.

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind die Einleitungs- und Schlußbemerkungen in Dr. Semlers Verteidigung. Sie ist ein dicker Band. Man kann nicht aus dem Handgelenk so tiefgehende Erscheinungen, wie sie im Wirtschaftsleben vorhanden sind, beiseite tun. Das hat keinen Sinn. Man muß sachlich arbeiten. Herr Dr. Semler hat sachliche Ausführungen gemacht, sie werden noch bekanntgegeben werden. Ich sehe es aber für unzweckmäßig an, sie hier bekanntzugeben, so lange nicht die Militärregierung ihrerseits die Sachdarstellung erhalten hat. Das würde nach meinem Empfinden nicht der Höflichkeit entsprechen. Ich möchte, um seine geistige Einstellung zu kennzeichnen, Ihnen wenigstens das gesagt haben, was er in Bezug auf seine geistige Haltung zum Ausdruck gebracht hat. Es kann uns nicht darauf ankommen, jetzt in einer Konkurrenz der Parteien uns darüber auseinanderzusetzen.

(Dr. Müller [CSU])

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was Dr. Semler heute sagen mußte oder gesagt hat, kann vielleicht einer von Ihnen morgen sagen müssen. Wir müssen uns darüber klar sein, wir haben es schwer, zu arbeiten. Wir wissen, wir werden aus eigener Kraft nicht fertig und wir dürfen uns nicht gegenseitig immer bösen Willen unterstellen. Es wäre falsch, wenn uns böser Wille unterstellt würde, wenn man uns vorwerfen würde, daß wir nicht alles tun, um aus eigener Kraft fertig zu werden. Es wäre ebenso falsch, wenn wir den Besatzungsmächten nur bösen Willen unterstellen würden. Es kommt aber darauf an, daß wir zu einer sachlichen, vernünftigen und klärenden Auseinandersetzung und Zusammenarbeit kommen. Dem soll unsere Arbeit dienen. Ich bitte Sie daher auch: Sehen Sie den Vorschlag Dr. Semlers nicht als einseitigen Parteivorschlag an, sondern erkennen Sie damit an, daß es wirklich notwendig ist, einem Mann, der ein Fachmann ist, der von der Wirtschaft etwas versteht und der als Fachmann auch seine Gedanken niedergelegt hat, wenn er auch in der Form zu weit gegangen ist, eine Chance zu geben, weiter zu arbeiten für unsere deutsche Wirtschaft und unser deutsches Volk.

**Präsident:** Das Wort hat Herr Abgeordneter von Anoderingen.

**von Knoeringen (SPD):** Hohes Haus! Die Sozialdemokratische Partei hat seit dem Ende dieses Krieges von Anfang an klar ihren Standpunkt bezogen und auch Kritik an der Militärregierung und an der Militärverwaltung geübt, soweit das erforderlich war. Wir sind nicht eine Partei, die eine berechtigte Kritik vor einer Besatzungsmacht zurückstellt. Die Sozialdemokratische Partei und ihr Vorsitzender Dr. Schumacher sind wegen dieser Haltung in den Ruf gekommen, nationalistisch zu sein. Wir sind alles andere als das.

Aber ich möchte dem Herrn Vorredner folgendes sagen: Herr Dr. Semler, ehemals Direktor für Wirtschaft in Frankfurt, hatte ein Forum, vor dem er diese Kritik hätte klarstellen können. Dieses Forum ist der Wirtschaftsrat in Frankfurt. Von einem Mann von so ausgeprägter Intelligenz, wie Dr. Semler sie besitzt, ist zu verlangen, daß er seine Kritik wohl vorbereitet und belegt vorbringt und nicht aus dem Stegreif heraus. Wenn das der Minister einer ordentlichen Regierung macht, muß er abtreten. Dr. Semler spricht hier für ein ganzes Volk. Wenn Sie die Zeitungen in Amerika gelesen haben, so werden Sie wissen, daß diese Rede Dr. Semlers gerade jenen Kreisen Amerikas Wasser auf ihre Mühlen gewesen ist, die Europa die Unterstützung nicht geben wollen.

(Zuruf: Das ist das Ausschlaggebende.)

— Das ist das Ausschlaggebende. Ein so schwerwiegender Fehler, wie ihn Dr. Semler gemacht hat, muß gerügt werden. Wir bedauern nur eines, nämlich daß die Absetzung Dr. Semlers durch die Militärregierung und nicht durch den Wirtschaftsrat erfolgt ist. Sie sind es gewesen, meine Herren, die öffentlich Sturm gelaufen sind dagegen, daß die Arbeitnehmer in Bayern geschlossen einen Tag die Arbeit niedergelegt haben, um zu zeigen, wie sie fühlen und denken. Hier in diesem Hause ist das Wort „Hochverräter“ gefallen. Bitte, wenn Sie diesen Standpunkt in der Sache Semler konsequent einnehmen, dann müssen Sie auch in dieser anderen Frage konsequent handeln. Aber aus

dem Zwischenruf, der mir vorhin gemacht wurde, ist leicht zu entnehmen, was die Grundlage Ihres Handelns ist, nämlich aus dem Zwischenruf: „Wenn Ihr so weiter handelt, laufen Euch ja die Wähler davon!“ Das ist nicht die Politik, die die Sozialdemokratische Partei macht. Sie will eine verantwortungsvolle Politik auch gegenüber der Welt machen, und daher lehnen wir Dr. Semler ab.

**Präsident:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst über den Vorschlag der CSU. Herr Dr. Lacherbauer!

**Dr. Lacherbauer (CSU):** Ich schlage vor, zunächst den Vorschlag der SPD bekanntzugeben.

**Präsident:** — Dann können wir die Abstimmung auch erst vornehmen, wenn alle Vorschläge bekanntgegeben sind.

Die SPD schlägt als Vertreter für den Wirtschaftsrat vor:

Walter Seuffert, Rechtsanwalt für Steuerrecht, wohnhaft München 23, Wernedekstraße 2;

Fritz Rupprecht, Prokurist, wohnhaft in Fürth i/B., Alexanderstraße 16;

Anton Köhler, Landwirt und Berufsschullehrer, Tutzing am Starnberger See.

Die Fraktion der FDP schlägt vor:

Dr. jur. Hans Wellhausen, Vorstandsmitglied der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG., Regierungsrat a. D., wohnhaft in Wolkersdorf Nr. 52, Post Reichersdorf b/Mürnberg.

Es folgt dann der Vorschlag der Fraktion der WUB, und zwar zunächst derjenige der Stammfraktion der WUB, wenn ich mich so ausdrücken darf, die aus 8 Mitgliedern besteht. Ich muß das betonen, weil es hier auf jedes Wort ankommt. Es wird vorgeschlagen: Erich Rühne, geb. 9. 5. 1911, Kaufmann, München 23, Nikolaisstraße 10.

Dann folgt der Vorschlag der Fraktion „Deutscher Block“. Es handelt sich hier nur um eine Fraktionsbezeichnung, wir haben im Ältestenrat schon dazu Stellung genommen.

(Zuruf: Wie viele Mitglieder?)

— Sie hat 5 Mitglieder. Diese Fraktion nominiert: Ing. Herbert Minkwitz, geb. 7. 3. 1902, wohnhaft in Loha, Kreis Altötting.

(Zuruf: Wo geboren?)

— Der Geburtsort ist bei den anderen vielfach auch nicht angegeben. Ich bitte, jetzt nicht so ins Einzelne zu gehen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands, die als Fraktion nicht im Landtag vertreten ist, schlägt durch ihren Landesvorstand Bayern vor:

Dr. Alfred Kroth, geb. 10. 3. 1912, wohnhaft in München, Stürzerstraße 29.

Damit haben die Damen und Herren die sämtlichen Vorschläge gehört.

(Stock: Dr. Kroth ist noch gar nicht entnazifiziert.)

— Das ist eine Frage der Wahlprüfung des Wirtschaftsrats. Wir müssen uns damit nicht beschäftigen. Weitere Wortmeldungen liegen zu den einzelnen Vorschlägen nicht mehr vor. Wir kommen nun zur Abstimmung. (Stock: Zur Abstimmung!)

Bitte, Herr Abgeordneter Stock!

**Stöck (SPD):** Wir stimmen der Liste der CSU zu, mit Ausnahme des Dr. Semler.

**Präsident:** — Dann lasse ich über die Liste der CSU in zwei Teilen abstimmen. Zunächst über die Vorschläge Dr. Dengler, Frau Lang-Brumann, Schütz Hans, Strauß Franz Josef, Dr. Zwicknagl.

Wer diesen Vorschlägen die Zustimmung erteilen will, möge sich vom Platz erheben!

(Dr. Lacherbauer: Zur Abstimmung.)

Wir sind schon mitten in der Abstimmung, ich kann das Wort nicht mehr erteilen.

(Dr. Lacherbauer: Es können nicht Bedingungen während der Abstimmung gestellt werden.)

Es kann jederzeit nach der Geschäftsordnung beantragt werden, über eine Frage im einzelnen abzustimmen.

(Dr. Lacherbauer: Dann verlange ich auch, daß ich zur Abstimmung gehört werde.)

— Dann hätten Sie sich rechtzeitig melden müssen.

(Dr. Lacherbauer: Ich habe mich rechtzeitig gemeldet.)

— Um den Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen, gebe ich Ihnen das Wort.

**Dr. Lacherbauer (CSU):** Der modus procedendi ist an sich sehr umstritten. Ich bin der Auffassung, jede Fraktion hat das Recht, eine Liste vorzulegen. Über diese Liste muß dann im ganzen abgestimmt werden. Es kann nicht eine andere Fraktion sagen, ich stimme der Liste nur unter gewissen Bedingungen zu; oder es wird so prozediert, daß auch wir zu den anderen Listen uns Bedingungen vorbehalten.

**Präsident:** Herr Abgeordneter Stöck!

**Stöck (SPD):** Die Auslegung des Herrn Dr. Lacherbauer ist parlamentarisch vollständig unrichtig. Wir sagen nicht, daß wir die Liste der CSU ablehnen, sondern nur, daß wir einem Kandidaten aus dieser Liste unsere Zustimmung nicht geben können. Sie können uns doch nicht zwingen, einem Kandidaten zuzustimmen, wenn wir glauben, daß das unmöglich ist. Das ist der parlamentarische Brauch. Wir lehnen nicht Ihre Liste ab, sondern nur einen Kandidaten aus Ihrer Liste. Ich glaube, daß insolgedessen die Abstimmung so, wie sie der Herr Präsident vornehmen wollte, vorgenommen werden kann. Es ist ja doch gar keine Listenwahl, sondern eine Personenwahl. Eigentlich müßte über jeden einzelnen Kandidaten für sich abgestimmt werden. Denn es wird jeder einzelne hier gewählt und nicht eine Liste genehmigt.

**Präsident:** Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß die Wahl nach den Vorschlägen erfolgt, denen wir im Ältestenrat zugestimmt haben. Es ist ja notwendig, daß die Kandidaten gewählt werden, und es ist nur parlamentarischer Brauch, daß man in der Regel den Listen zustimmt, die die einzelnen Fraktionen vorlegen. Aber das hindert nicht, nachdem es sich eigentlich um eine Wahl handelt, daß jede Fraktion beantragen kann, über jeden Namen einzeln abzustimmen. Es ist nur parlamentarischer Brauch, daß man, wenn man sich einig ist, en bloc abstimmt. Hier ist nun der Name Dr. Semlers beantragt; deswegen würde ich bitten, daß wir en bloc über die fünf anderen Namen abstimmen, und dann über Dr. Semler.

Herr Dr. Hundhammer hat das Wort.

**Dr. Hundhammer (CSU):** Ich bitte im Einvernehmen mit meiner Fraktion, über alle Namen einzeln abzustimmen.

**Präsident:** — Gut, dann stimmen wir einzeln ab.

Zuerst über Dr. Dengler. Wer dem Vorschlag zustimmen will, wolle sich vom Platz erheben. — Das scheint einstimmig zu sein. Ich stelle fest, es ist einstimmig so beschlossen.

Dann über Frau Lang-Brumann. — Ich stelle hier ebenfalls die einstimmige Annahme fest.

Dann folgt Schütz Hans. Ich bitte, sich von den Plätzen zu erheben, wer dem zustimmen will. — Es ist einstimmig so beschlossen.

Nun Dr. Semler Johannes. Ich bitte, sich von den Plätzen zu erheben, wer dem zustimmen will. — Soweit ich sehe, stimmen hier alle Fraktionen zu, mit Ausnahme der SPD. Stimmt das?

(Zuruf: Deutscher Block!)

— Der Deutsche Block stimmt also auch dagegen. Ich kann das von hier aus schwer unterscheiden. Wenn wir einmal einen richtigen Sitzungssaal haben, ist es leichter. Ich muß das protokollarisch feststellen lassen, sonst müssen wir unter Umständen noch namentlich abstimmen. Dr. Semler ist also mit Mehrheit gewählt.

(Zuruf: Gegenprobe!)

— Ich bitte um die Gegenprobe. — Wie ich schon bekanntgegeben habe: Gegen die Stimmen der SPD und des Deutschen Blocks gewählt.

(Zuruf.)

— Und eines Vertreters der Demokraten. Jetzt ist die Sache in Ordnung. Ich bin doch dankbar, daß die Gegenprobe noch einmal verlangt wurde.

Es folgt nun Strauß Franz Josef. Wer dem zustimmen will, bitte ich, sich von den Plätzen zu erheben. — Einstimmig so beschlossen.

Es folgt Dr. Zwicknagl Max. Wer dem zustimmen will, bitte ich sich von den Plätzen zu erheben. — Es ist einstimmig so beschlossen.

Es kommen nun die Vorschläge der SPD. Ich werde auch so weiterfahren, nachdem wir bereits in der Einzelabstimmung sind.

Zunächst Seuffert Walter. Wer dem zustimmen will, bitte ich, sich von den Plätzen zu erheben. — Es ist einstimmig so beschlossen.

Es folgt Rupprecht Fritz. Wer dem zustimmen will, bitte ich, sich von den Plätzen zu erheben. — Es ist einstimmig so beschlossen.

Es folgt nun Röbler Anton. Wer dem zustimmen will, bitte ich, sich von den Plätzen zu erheben. — Es ist ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Nun kommen wir zum Vorschlag der FDP, Dr. jur. Hans Wellhausen. Wer dem zustimmen will, wolle sich von den Plätzen erheben. Es ist ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Jetzt kommen wir zum Vorschlag der Stammfraktion der WW mit acht Mitgliedern. Vorgeschlagen wird Rühne Erich.

Vom Deutschen Block mit fünf Mitgliedern wird Herbert Minkwitz vorgeschlagen.

Wer dem Vorschlag Rühne zustimmen will, wolle sich von den Plätzen erheben. — Ich bitte um Gegenprobe. — Der erste Vorschlag ist also angenommen, damit ist der Vorschlag Minkwitz erledigt.

(Zuruf: Rühne ist Flüchtling, die SPD ist also gegen den Flüchtling.)

**(Präsident)**

Jetzt kommt der Vorschlag der Kommunistischen Partei Deutschlands, Landesverband Bayern. Da ist vorgeschlagen der Herr Dr. Alfred Krotz.

Wer diesem Vorschlag, vorbehaltlich der Prüfung der Verhältnisse, zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Bitte, die Gegenprobe! —

(Zurufe von der CSU: Die CSU enthält sich!)

— Ich bitte die Stimmenthaltungen! — Wir müssen mit Mehrheit wählen. Die Enthaltens-Stimmen fallen alle weg. Dem Vorschlag ist mit Mehrheit zugestimmt.

(Zurufe: Aber die Enthaltens-Stimmen zählen!)

— Es ist so: Man muß mit Ja oder Nein abstimmen, man kann sich aber auch enthalten. Wenn man sich enthält, dann scheidet man bei der Abstimmung aus. Bei der Feststellung der Präsenz des Landtags zählen aber die Enthaltens-Stimmen. Es kann also vorkommen, daß hier eine Minderheit durch die Enthaltens-Stimmen die Herrschaft im Landtag bekommt. (Stock: Dann kann man nicht sagen, die Mehrheit war dafür, sondern dann muß man sagen, die Minderheit war dafür! — Heiterkeit.)

— Nein, das kann man auch nicht sagen, sondern man muß sagen, die Mehrheit deren, die abgestimmt haben, war dafür; die Enthaltens-Stimmen schieden ja aus.

Zu diesem Punkt will der Herr Abgeordnete Höllner noch eine Erklärung abgeben. Wenn diese kurz ist und wenn das Haus damit einverstanden ist, können wir sie ja noch anhören.

(Höllner: Sie ist sehr kurz!)

— Dann erteile ich dem Herrn Abgeordneten Höllner das Wort.

**Höllner (WW):** Meine Damen und Herren! Zu der Frage, die wir eben erörtert haben, ob nun die WW oder der Deutsche Block in Frankfurt einen Delegierten stellen soll, möchte ich generell noch einmal folgendes feststellen und die Kollegen der SPD bitten, darauf besonders zu achten. In Frankfurt sind nicht Fraktionen, sondern Parteien vertreten. Der Deutsche Block ist keine Partei, sondern ein Gebilde, das einmal eine Partei werden will. Hätte man den Delegierten dem Deutschen Block entnommen, so wäre dies wieder genau so ein Verfassungsbruch geworden, wie er hier schon einmal begangen wurde, als man diese Fraktion auf Grund einer Geschäftsordnung unter einem Parteinamen zuließ. Das war gegen die Verfassung. Die Verfassung sagt, wer nicht 10 Prozent der Stimmen in einem Regierungsbezirk hat, der ist im Landtag nicht vertreten.

(Dr. Hoegner: Das gilt ja nur für die Wahl! —

Stock: Wissen denn Sie, ob Sie die 10 Prozent der WW hinter sich haben oder der Deutsche Block?)

— Wir hatten sie ja. Der Deutsche Block hat ja gar keine Stimme bekommen!

(Heiterkeit.)

Aber das nur am Rande bemerkt! Sie werden ja erleben, wie der Verfassungsgerichtshof darüber entscheidet.

(Dr. Hille: Dann müßte Dr. Baumgartner auch ausscheiden!)

— Herr Dr. Hille, ich darf Ihnen im Vertrauen sagen, daß Ihr Fraktionskollege Dr. Hoegner, der in Verfassungsfragen bewandert ist, meinen Standpunkt schon

geteilt hat, nur nicht mir gegenüber, sondern dem Grafen Aretin gegenüber.

(Widerspruch und Zurufe bei der SPD.)

— Er hat es ja erzählt!

(Dr. Hoegner: Das ist ja ein Ausschneider, der hat mich gar nicht gesehen. Da hört sich alles auf!)

**Präsident:** Herr Kollege, ich bitte, jetzt zu Ende zu kommen.

(Wimmer: Mit Schwindeln haben sich schon viele Leute durchgebracht, das braucht aber ein vernünftiger Mensch nicht zu glauben! — Dr. Hoegner: Ein bayerischer Graf als orientalischer Märchenerzähler!)

**Höllner (WW):** Meine Damen und Herren! Grundsätzlich wollte ich folgendes sagen, und dagegen ist wohl auch nichts einzuwenden: Die Proklamation der Generale Clay und Robertson spricht eine deutliche Sprache, nämlich die, daß die Parteien, die in Frankfurt vertreten sind, dort wieder vertreten sein sollen. Der Deutsche Block ist aber keine Partei. Er ist sogar in Hessen als Landespartei abgelehnt worden. Ob er hier noch eine wird, das wollen wir abwarten. Darum möchte ich die Herren von der SPD bitten, später darauf zu achten.

**Präsident:** Das war eine Ausführung, die manche Unklarheiten an sich gehabt hat. Klar ist sich der Ältestenrat des Landtags über folgendes: Maßgebend für die Parteibezeichnungen sind die Lizenzen der Amerikaner für die einzelnen Landesparteien; die sind hier gewählt. Von der WW sind fünf Abgeordnete aus der Fraktion ausgeschieden. Das ist praktisch so, daß hier fünf parteilose Abgeordnete da sind, die sich zu einer Fraktion vereinigt haben. Deswegen hat auch der Landtag auf den ersten Vorschlag Rücksicht genommen, das war die alte Partei der WW.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hoegner.

(Dr. Rindt: Zur Geschäftsordnung!)

— Zunächst hatte sich Herr Dr. Hoegner gemeldet. Ich habe ihm das Wort bereits erteilt.

**Dr. Hoegner (SPD):** Ich möchte nur eine persönliche Bemerkung machen. Der Herr Vorredner hat sich auf eine angebliche Unterredung berufen, die ich mit dem jungen Baron Aretin gehabt hätte. Ich möchte feststellen, daß in einschlägiger Zeit eine solche Unterredung nicht stattgefunden hat, insbesondere nicht über verfassungsrechtliche Fragen. Ich habe den jungen Baron Aretin meiner Erinnerung nach mindestens schon zwei, drei Monate nicht gesehen.

**Präsident:** Das Wort hat Herr Dr. Rindt zur Geschäftsordnung.

**Dr. Rindt (CSU):** Ich bitte um offizielle Feststellung, von wem der Herr Dr. Krotz gewählt wurde. Diese Feststellung ist beim letzten Wahlgang unterblieben.

**Präsident:** Er ist gewählt worden mit den Stimmen der SPD; die anderen Parteien haben sich der Stimme enthalten. Ist es so?

(Stock: Ein Teil der SPD hat dafür gestimmt, wenn es ganz genau sein soll!)

— Die große Mehrzahl der Abgeordneten der CSU hat sich enthalten.

(Dr. Hundhammer: Die gesamte CSU hat sich der Stimme enthalten.)

Also der Fall ist erledigt, ebenso die Aussprache.

**(Präsident)**

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

**Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums des Innern für das Rechnungsjahr 1947 (Beilage 874) mit den einschlägigen Regierungsvorlagen und Anträgen — Fortsetzung der Beratung.**

Wir kommen zur Gruppe Baustoffe und Energiewirtschaft. Das Wort hat der Herr Abgeordnete von Knoeringen.

**von Knoeringen (SPD):** Hohes Haus! Ich spreche zum Wohnungsbau. Der Finanzoberinspektor Kern aus dem Sudetengau bewohnt in einer Holzhütte einen Raum von 20 Quadratmetern. In diesem Raum sind untergebracht: er, seine Frau, seine lungenkranken Eltern, vier Kinder, also acht Personen. Vier Betten, ein Tisch stehen zur Verfügung. In München wohnen in 3000 Räumen je 7 Personen, in 5400 Räumen je 6 Personen, in 7200 Räumen je 5 Personen, in 1500 Räumen je 4 Personen.

Die Liste der Not auf dem Wohnungsgebiet läßt sich endlos fortsetzen. Gestern wurden hier vom Kollegen Prüschenk Zahlen in dieser Richtung genannt. Ich kann es mir daher ersparen, auf diese Liste weiter einzugehen. Das Ausmaß der Not, in der wir auf diesem Gebiet leben, muß jedem bekannt sein, der sich die Mühe macht, einmal durch die noch vorhandenen Flüchtlingslager unserer Heimat zu gehen, und der sich in den Großstädten mit den Problemen des Wohnungswesens beschäftigt.

Wir alle wissen: Der Aufbau der Demokratie ist nicht nur dadurch gefährdet, daß wir nicht genug zu essen haben. Auf die Dauer wird die Demokratie unmöglich sein, wenn wir nicht in der Lage sind, den Menschen ein Dach über dem Kopf zu geben. Der moralische Verfall geht dort am stärksten vor sich, wo die Menschen gezwungen sind, in engen Räumen zusammen zu hausen. Die Anspannung ist für jeden einzeln, der mit sieben Personen jeden Tag in einem Raum zusammenleben muß, auch wenn er besten Willens ist, so groß, daß er für die Probleme der Demokratie, der Wahlen und all der Diskussionen, die wir hier in diesem hohen Hause führen, wenig Verständnis mehr aufbringen wird.

Auch über das Ausmaß der Zerstörung hat der Herr Abgeordnete Prüschenk gestern schon gesprochen. Ich möchte nur zusammenfassend aus den vorliegenden Zahlen das Ausmaß der Zerstörung deutlich machen. In Bayern sind an total zerstörten Wohnungen 236 000 festgestellt. Durch die Einschleusung der Flüchtlinge ist ein Wohnungsbedarf von 400 000 Wohnungen entstanden. Es ergibt sich also zusammen ein Fehlbetrag von 650 000 Wohnungen. Es ist errechnet worden, daß durch den zusätzlichen Bedarf an Wohnungen in den nächsten zehn Jahren 210 000 Wohnungen infolge der Neugründung von Haushalten und 120 000 Wohnungen infolge der erzwungenen Abbruchmaßnahmen bei Behelfsheimen usw. notwendig werden. Das ergibt, die zehn vor uns liegenden Jahre eingerechnet, einen Gesamtfehlbetrag von 980 000 Wohnungen in Bayern. Man kann sagen, rund 1 Million Wohnungen fehlen uns, um unseren Menschen die Möglichkeit eines menschenwürdigen Daseins zu geben. Ein großer Bevölkerungspolitiker hat ausgerechnet, daß in

vierzig Jahren die Zahl des deutschen Volkes auf 45 Millionen zusammengeschmolzen sein wird; man werde daher nicht mehr all diese Wohnungen bauen müssen. Ich lasse das dahingestellt. Wenn wir heute an die Lösung dieser Frage herangehen, können wir uns jedenfalls nicht auf diesen Wechsel der Zukunft verlassen. Es bleibt uns also die Aufgabe, diese 1 Million Wohnungen zu schaffen, wenn eine Demokratie lebensfähig werden soll. Umgerechnet in ein Bild ergibt sich, daß der Wohnraum von Oberbayern, Niederbayern und Schwaben zusammengenommen neu erbaut werden muß, wenn überhaupt dieses Problem gelöst werden soll. Das ist eine gigantische Aufgabe.

Der frühere Leiter der Stelle Baumaterial und Konstruktion bei der Militärregierung, Clifford Strike, hat folgende Äußerung nach Amerika zurückgeschrieben, als er hier einige Monate Gelegenheit hatte, das Ausmaß dieser Not zu begreifen:

Ich sah die Zerstörung. Ich reiste von einem Ende Deutschlands zum anderen und ich sah, was teuflische Erfindungskraft des Menschen seinen Heimstätten, seinen Industrien und öffentlichen Einrichtungen angetan hat. Ich stand in Demut vor der gewaltigsten Wiederaufbauarbeit, der sich je ein Volk in der Geschichte gegenüber sah, und vielleicht der letzten geschichtlichen Möglichkeit der Umkehr vom Bauen für den Krieg zum Bauen für den Frieden.

Dieser Amerikaner erkannte unsere Lage.

Verehrte Anwesende, wir bemühen uns, Gesetze zu machen und administrative Maßnahmen zu ergreifen, um dieses Problem zu lösen. Wenn wir es in seiner vollen Bedeutung fassen wollen, müssen wir anerkennen, daß wir es nicht lösen können, wenn es uns nicht gelingt, den Aufbaumillen des ganzen Volkes zu konzentrieren und in Gang zu setzen. Rein bauwirtschaftliches Freigabeverfahren wird die Energie entwickeln können, die notwendig ist, um eine solche — ich möchte geradezu sagen — himmelstürmende Leistung zu vollbringen. Es ist daher berechtigt, daß wir uns in diesem hohen Hause mit diesem Problem etwas eingehender befassen, denn in erster Linie wird es der Landtag, werden es die Vertreter der politischen Parteien dieses Landes sein, die draußen in unserem Volk diesen Willen zur Gestaltung zu erwecken haben.

Wenn wir überblicken wollen, was auf diesem Gebiet bisher von uns geleistet worden ist, ist es notwendig, etwas tiefer in die Probleme einzudringen. Ich habe mir in den letzten Wochen die Mühe gemacht, soweit es einem gewöhnlichen Sterblichen, einem Nichtfachmann überhaupt möglich ist, in diese Geheimnisse einzudringen. Ich muß daher den Herrn Präsidenten um Entschuldigung bitten, wenn ich mich in meiner Darlegung an meine Aufzeichnungen halte. Ich habe mich an eine Reihe von Fachleuten gewandt und mich bemüht, mir aus deren einzelnen Äußerungen ein Bild des gegenwärtigen Zustandes zu formen. Wir haben uns in der sozialdemokratischen Fraktion bemüht, Wege zu suchen, um dieser gewaltigen Aufgabe zu mindesten näherzukommen.

Zunächst einmal haben wir festzustellen, daß durch die private Initiative in unserem Volk sehr Beachtliches geleistet worden ist. Man soll, verehrte Anwesende, nicht immer gleich den Schwarzen Markt dahintersehen, wenn man irgendwo ein neues Gerüst aufsteigen sieht. Meiner Ansicht nach ist in der Tat-

(von Knoeringer [SPD])

sache, daß sich so viele Menschen auch aus dem einfachsten Stande bemühen, aus Ruinen wieder eine notdürftige Wohnung zu schaffen, ein Ausdruck des Lebenswillens unseres Volkes zu erblicken.

(Sehr richtig!)

Alle möglichen und unmöglichen, alle erlaubten und unerlaubten Mittel werden angewandt, um irgend etwas zu gestalten. Das hat seinen Wert. Aber wie groß die Leistung jedes einzelnen sein mag, der sich schließlich durch alle möglichen Umgehungen in den Besitz irgend einer Wohnung setzt — das möchte ich besonders den Herren von der SPD sagen —, so kann nach meiner Meinung keine Privatinitiative mehr sein als nur ein Schatten gegenüber dem, was die wirklich konzentrierte Leistung unseres Volkes wird sein müssen. Wir gestehen auch zu, daß viele Beamte in Regierungsstellen sich ernsthaft bemüht haben, Notständen abzuhelpfen. Wir können nicht einfach sagen: Hier ist der brave Mann, der keine Wohnung hat; dort ist eine böse Bürokratie, die den ganzen Tag nichts anderes tut, als ihn zu hindern, zu einer Wohnung zu kommen. Wir müssen, wenn wir in die Dinge hineingehen, die Wahrheit suchen und dann das Versagen dort feststellen, wo es festzustellen ist.

Wenn wir uns aber nun bemühen, die Entwicklung unserer Bauwirtschaft etwas zu überblicken, müssen wir den chronologischen Ablauf in Bayern etwas näher untersuchen. In der Erkenntnis der Größe dieser sozialen Aufgabe hat die Militärregierung bereits sieben Wochen nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 einen Erlaß herausgegeben, der den Wohnungsbau und das Wohnungswesen in seiner Gesamtheit dem Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge überträgt. Am 2. November 1945 wird in einem Ministerialerlaß, unterschrieben vom Ministerpräsidenten, dem Staatsminister des Innern und dem Arbeitsminister, festgelegt, daß alle Funktionen hinsichtlich des Baues, der Erfassung, der Erhaltung, der Verwaltung und Zuteilung von Wohnraum und hinsichtlich der Siedlung und Wiederbesiedlung vom bayerischen Arbeitsministerium ausgeübt werden. Dem Innenministerium verbleiben die staatlichen Bauaufgaben. Damit war die Aufgabe für den Wiederaufbau klar vorgezeichnet und eindeutig dem Arbeitsministerium das Gebiet des Wohnungswesens übertragen worden. Am 1. Januar 1946 gründete dann das Arbeitsministerium draußen die sogenannten Siedlungsämter. Am 26. Januar 1946 erfolgte die Titeländerung der Obersten Baubehörde im Innenministerium. Es verblieb im Innenministerium lediglich eine Abteilung für die öffentlichen Bauarbeiten.

Damit war der Kurs gesetzt. Nun begannen die Schwierigkeiten, bei denen ich etwas verweilen muß, weil sie für die weitere Entwicklung auf dem Gebiet des ganzen Bauwesens bedeutsam sind. Es begannen nämlich jene unter der Decke schwelenden Kompetenzschwierigkeiten zwischen dem Innenministerium und dem Arbeitsministerium bzw. den zuständigen Bauabteilungen. Bereits am 6. Mai 1946 beklagt sich die Bauabteilung des Arbeitsministeriums, es sei ihr nicht möglich, die Aufgabengebiete aus der bisherigen Obersten Baubehörde ins Innenministerium zu übernehmen, da alle Bemühungen den größten Widerstand fänden; trotz der Verfügung des Ministerpräsidenten über die Funktionen des Arbeitsministe-

riums und der Landesiedlungsämter würden alle Maßnahmen vom Innenministerium bzw. der Bauabteilung durchkreuzt. Ich habe hier Belege, die diesen zerstörenden Streit zwischen den Ministerialabteilungen deutlich machen.

Ich erspare es mir jedoch, auf diese unerquicklichen Auseinandersetzungen einzugehen. Jedenfalls haben sie nicht dazu beigetragen, daß die Entwicklung auf dem Gebiet des Wohnungsmarktes und des Wohnungsbauwesens systematisch vorwärtsgetrieben wurde, im Gegenteil, wir mußten feststellen, daß diese Situation zu einem großen Durcheinander auf dem ganzen Baumarkt geführt hat. Es kam soweit, daß am 8. August neuerdings eine Verordnung des Ministerpräsidenten erlassen werden mußte, in der die Organisation des Wohnungs- und Siedlungswesens noch einmal festgelegt und dem bayerischen Arbeitsministerium ganz detailliert die Aufgabe für den sozialen Wohnungsbau übertragen wurde. Aber auch diese Verordnung konnte den Kompetenzstreit der verschiedenen Ministerialabteilungen nicht klären. Die ehemalige Oberste Baubehörde bemühte sich lebhaft, ihren bisherigen Arbeitskreis zu erhalten. Sie erließ Gegenerklärungen und Vorschläge über Kompetenzabgrenzungen, die in ihrer Kompliziertheit unmöglich durchzuführen waren. Eine kollegiale Zusammenarbeit zwischen den beiden Bauabteilungen ist niemals zustande gekommen. Wenn man die entsprechenden Dokumente dieses Ressortkriegs liest, so bekommt man abschließend ein Gefühl, das sich in dem Urteil ausdrückt „Gewogen und zu leicht befunden“, das Gefühl, daß Kompetenzen und Kämpfe um Königreiche in der Ministerialosphäre nicht ausreichen, um diese Aufgabe zu lösen. Das Mißverhältnis zwischen dem Geist, der sich hier ausdrückte, und der Größe der Aufgabe ist so, daß man nur mit einer gewissen inneren Angst zu den wirklichen Problemen übergeht. Bezahlt hat für dieses Durcheinander unser Volk.

Über die Auswirkungen wäre sehr lange zu sprechen. Es war klar, daß keine zentrale Lenkung dieser ganzen Bauwirtschaft vorhanden war. Auch die übrigen Ministerien oder Ministerialabteilungen bemühten sich, selbständig bestimmte Lösungen zu schaffen. Das Flüchtlingskommissariat richtete sich eine eigene Bauabteilung ein und verteilte Baustoffe an Dienststellen nach eigenem Ermessen. Das Landwirtschaftsministerium gründete ein eigenes Baureferat und verteilte über die Ernährungsämter mehr Holz als dem Arbeitsministerium für eine ganze Bauzeit für das ganze Land Bayern zur Verfügung stand. Die oberste Siedlungsbehörde des Landwirtschaftsministeriums traf Vorbereitungen zur Landbeschaffung für künftige Siedlerstellen, ohne auch nur den Versuch zu machen, sich mit der planenden Stelle in Verbindung zu setzen. Das Kultusministerium entwickelte Bestrebungen, die künstlerische Betreuung des Bauwesens zu übernehmen. Jede Landesstelle fühlte sich berechtigt, direkt oder indirekt das Bauwesen zu beeinflussen.

Wenn man, wie ich, den Versuch macht, festzustellen, wie viele Behördenstellen und Ämter sich nun eigentlich mit dem Bauwesen beschäftigten, so ist das geradezu eine unlösbare Aufgabe. Man wird von einem Amt zum anderen geschickt und ein Amt weiß immer nicht genau, was das andere Amt getan hat. Wie viele Behörden das im einzelnen sind, konnte ich jedenfalls trotz meiner Bemühungen und des langen Wartens in

(von Knoeringen [SPD])

verschiedenen Vorzimmern nicht feststellen. Ich wollte gerade nicht den Weg von oben herab gehen, sondern habe mich unten erkundigt und habe mir vorgestellt, in welche Verzweiflungsstimmung ein Mann hineingetrieben werden muß, der versuchen will, irgend etwas zu bauen. (Sehr richtig! bei der SPD.)

Wenn der Mann eine nicht geradezu unglaubliche Energiereserve hat, wird er nach der dritten Woche seine Tätigkeit einstellen. Darum bewundere ich es überhaupt, daß bei uns so viel gebaut wird.

(Dr. Hille: Die haben andere Mittel!)

Es ist kein Wunder, daß bei einem derartigen Durcheinander in der zentralen Verwaltung des Bauwesens die Bautätigkeit selbst in größte Unordnung geraten mußte. Das beginnt bereits bei der Baustoffproduktion. Die Höhe der Baustoffproduktion als Gesamtleistung der bayerischen Baustoffindustrie ist offiziell überhaupt nicht festzustellen. Wir haben gestern den Herrn Abgeordneten Prüschenk gehört, der Zahlen über Bauprodukte, Baustoffe genannt hat, die abgeliefert worden sind. Aber es ist unmöglich, zu kontrollieren, was überhaupt in Bayern produziert wird; denn sehr viel wird ohne Genehmigung produziert. Zwischen der wirklichen Produktion und der Verteilungsmenge, die unseren staatlichen Stellen zur Verfügung steht, ist ein krasser Unterschied. Wir wissen, daß soundso viele Bauten ausgeführt werden, deren Quellen nicht zu kontrollieren sind, weil die entsprechende Stelle des Ministeriums nicht die Handhaben dazu hat. Darauf werde ich noch zu sprechen kommen.

Aber nehmen wir die Ziegelproduktion! In einem Bericht, der über die DENA bekanntgegeben wurde, heißt es, daß z. B. in Unterfranken 30 Ziegelleien und Kalkfabriken vorhanden sind, amtlicherseits aber nur 5 davon als rentabel betrachtet und daher regelmäßig mit Kohlen und sonstigen Rohstoffen versorgt werden. 25 Fabriken erhalten weder Rohstoffe noch Produktionsgenehmigungen, sondern liegen offiziell still. In Wirklichkeit arbeiten aber alle 30 Fabriken, was sie arbeiten können. In den Fabrikgebäuden herrscht reges Leben. Um das zu verstehen, muß man wissen, daß neben den Kompensationen die sogenannten Lohnaufträge eine erhebliche Rolle spielen. (Sehr richtig! — 80 Prozent.)

Eine Industrie z. B. bekommt eine bestimmte Menge Kohle. Sie verbraucht diese Kohle nicht vollständig; sie hat Überschüsse an Kohlen. Sie geht in ein solches Ziegelwerk und sagt: Hier bekommst du Kohle, gib mir Baustoffe. Ich nehme zugunsten dieser Fabrik an, daß diese Baustoffe wirklich benötigt werden, um die Schuhe zu produzieren, die wir alle zum Anziehen brauchen. Ich nehme das Beste an. Immerhin, die Baustoffe werden geliefert und wir sind nicht imstande, festzustellen, wie viele es im einzelnen sind. Jedenfalls verstehen wir, daß eine von oben her nicht funktionierende Regelung sich selbständig, aber unkontrolliert reguliert. Wir wissen, daß durch das vollständig unübersichtliche System der gesetzlichen und ungesetzlichen Kompensationsmöglichkeiten, verbunden mit diesem Lohnauftragssystem, kaum die Baustoffproduktion in Gang gesetzt werden kann, aber dafür ein wirkliches Durcheinander entsteht, das zu kontrollieren niemand mehr imstande ist. Für viele genehmigte Bauten kön-

nen die Baustoffe nicht beschafft werden, die dafür genehmigt sind.

Zahllose Beispiele können dafür angeführt werden, wie sehr die Baustoffproduktion ohne jegliche Lenkung und Planung vom Fundament her eine geordnete Bautätigkeit unmöglich macht. Verschiedene positive Vorschläge z. B. von dem Industrieverein Steine und Erden, die bereits im April 1947 veröffentlicht sind — ich habe das Memorandum hier —, stellen ausgezeichnete Vorschläge für die Regelung der Baustoffproduktion dar. Ich konnte nicht feststellen, daß diese Vorschläge irgendwo besondere Beachtung gefunden haben.

(Zuruf: Produktionsauflagen; darüber haben wir schon einmal gesprochen.)

— Sowohl, auch darauf komme ich zu sprechen. Auf welche Baustoffe man auch die Untersuchung erstreckt, sei es nun auf Steinzeug, Tonwaren, Nägel oder Holz, überall stellen wir diese gleiche Unzulänglichkeit, dieses gleiche Durcheinander fest.

Aber wenn man schon bei der Baustoffproduktion dieses Durcheinander hat, so kann selbstverständlich die Verteilung unmöglich klappen. Nach allgemeinen Schätzungen — es sind ja nur Schätzungen, um die es sich hier handeln kann — stammen rund 60 Prozent aller Baumaterialien, die verbaut werden, aus unbekanntem oder unkontrollierten Quellen; 40 Prozent kommen aus behördlich bewirtschafteten Kontingenten. Der Bewerber kann aber seine Baustoffe von den verschiedensten Behördenstellen beziehen. Er kann sie zugeteilt erhalten von der untersten Baubehörde oder direkt von einem Ministerium, von einer Landesstelle, von einer Regierungsstelle, von einem Handwerker aus dem Innungskontingent, von einem Fabrikanten aus dem Fabrikationskontingent oder als eine Art Deputat von Behörden und Firmen.

Ich habe eine Reihe von Dokumenten zur Verfügung, die das Chaos auf dem Gebiete der Baustoffverteilung erweisen. Jeder der in der Praxis steht, kann diese Beispiele wahrscheinlich vermehren. Die Verteilung der Baustoffe auf der ministeriellen Ebene ist unkontrollierbar. Die Verteilung erfolgt offenbar nach einem Schlüssel. Wer am zähsten ist und am besten die Fähigkeit des diplomatischen Verhandels hat, kommt am weitesten.

Um diesem Übelstand abzuwehren, wurde im September 1946 auf Vorschlag der Militärregierung der sogenannte Baustoffrat gebildet. Ich habe mit Mitgliedern dieses Baustoffrats gesprochen. Sie sind der Meinung, daß der Baustoffrat nicht in der Lage sein wird, dieses Durcheinander zu ordnen, weil ihm die Handhaben dazu fehlen. Hier handelt es sich nur darum, einen Modus der Verteilung zu finden.

(Zuruf: Nicht um die Produktion.)

— Ganz richtig; darauf komme ich noch. Aber selbst wenn nicht in dem Ausmaß produziert werden kann, wie das notwendig wäre, um so notwendiger ist es auf der andern Seite, das Wenige, das vorhanden ist, an den Stellen einzusetzen, die die höchste Priorität haben, (sehr richtig!)

damit nicht ein System geschaffen wird, in dem es dem, der am stärksten mit Ellbogen arbeiten kann, am leichtesten möglich ist, weiterzukommen. So stellen wir uns die Demokratie nicht vor.

(Zuruf: So ist sie aber.)

(von Knoeringen [SPD])

Das Verteilungsmittel auf dem Gebiet des Baustoffwesens ist der Scheck. Der Baustoffscheck ist, wie ich mir habe sagen lassen, ein illegales Wertpapier geworden. Es zeigt sich, daß das sogenannte Schecksystem eine papierene Methode ist, die mit den Erfordernissen des praktischen Geschäftsablaufs nicht in Einklang steht. Z. B. sind die manchmal recht überflürzten Freigaben bei den Zementwerken mit kürzester Terminsetzung für die Abholung des Zements ein klarer Beweis für die Unzulänglichkeit des sogenannten Schecksystems.

Das ganze Kontingentswesen wird noch dadurch erschwert, daß von den Ministerien Sonderkontingente ausgegeben werden können, die eine Planung im unteren Bereich unmöglich machen. Ich habe mich mit Kreis- und Stadtbaumeistern unterhalten. Sie singen ein einziges Klageged, daß alle ihre schärfste Planung immer wieder durchbrochen wird, weil irgend jemand erscheint, der einen Sonderscheck oder eine Sondergenehmigung hat.

(Zuruf: Oder Gefelchtes!)

— Ja, oder Gefelchtes. Wir schaffen draußen Beiräte für die Kontrolle des Bauens. Man nimmt das ernst, stellt auf der andern Seite aber wieder fest, daß alle möglichen Stellen Genehmigungen erteilen. Damit wird der Wille und der Glaube der Menschen an die Ordnung zerstört, der Mißmut wächst. Und dann beschweren Sie sich auch nicht, wenn Sie Erscheinungen der Apathie feststellen! Die meisten der 60 Prozent der Baustoffe, die nicht durch die Behörden ausgegeben werden, stammen, wie wir wissen, aus den Kompensationsgeschäften. Seit Sommer 1946 fordern sämtliche Baubehörden die Abschaffung der Kompensationen. Wir wissen, daß das nicht so einfach ist. Aber wir vermessen bis zum Augenblick die Energie, die in der Richtung einer Lösung dieser Fragen drängt. Ohne eine radikale Erfassung der Baustoffproduktion und eine nach einem überlegten Plan nach den Prioritäten gestaffelte Verteilung, die von einer Stelle her gelenkt wird, gibt es keine Ordnung auf dem Baumarkt.

Auch die Dinge, die man inzwischen hätte ordnen können, sind nicht geordnet. Es gibt kein Berufsgesetz für Architekten. Wer heute mit erfahrenen Architekten spricht, hört ein einziges Klageged über die Entstellung unserer Dorf- und Städtebilder durch wildes Bauen. Prüfingenieure stellen fest, daß oft eine sinnlose Vergeudung von Baustoffen erfolgt, Fehlkonstruktionen weit verbreitet sind. Ich habe hier Dokumente, die diese Behauptung zu erhärten imstande sind. Die bauwirtschaftliche Prüfung durch Fachleute wurde erstmals vom Arbeitsministerium eingeführt; bis heute sind jedoch keine Richtlinien bekannt geworden, nach denen die Prüfung vorzunehmen ist. Schlechte Planfertiger vergeuden die Rohstoffe genau so wie schlechte Baumeister. Das Arbeitsministerium hat bereits am 13. September 1946 ein bauwirtschaftliches Freigabeverfahren erlassen; erst jetzt, nach zwei Jahren, soll ein Baustoffnotgesetz vorgelegt werden. Darauf werde ich noch zu sprechen kommen.

(Zuruf: Sehr umstritten.)

— Ja, wegen der Lohnaufträge. Auch die Verwendung der Baustoffe ist in einer Weise desorganisiert, die oft die größten Gegensätze sichtbar werden läßt. Ich habe mich an einen Kreis von Baufachleuten und Archi-

tekten gewandt und sie gebeten, mir ihre Meinung darüber zu sagen. Ich habe mir die Hauptpunkte ihrer Kritiken zusammengestellt; ich habe sie hier und möchte sie kurz darlegen.

Bei kritischer Betrachtung des heutigen Bauens im allgemeinen kommt man zusammenfassend zu dem Ergebnis, daß auf weiten Gebieten planlos, unzweckmäßig und unwirtschaftlich gebaut wird. Es werden an der einen Stelle Holzhäuser gebaut, um Mauersteine einzusparen, und gleichzeitig entstehen an anderer Stelle Betonhäuser zum Zweck der Holzeinsparung. Es werden gleichzeitig als Norm Einfamilienhäuser und vielgeschößige Miethäuser propagiert. Es werden von dem einen Ministerium kohlen sparende Bauweisen gefördert, die zugleich von einem anderen Ministerium abgelehnt werden. Es entstehen Häuser, aus deren Bauvolumen bei kluger Planung, bei Ausnutzung der technischen Möglichkeiten und wirtschaftlicher Verwendung der Baustoffe ohne Beeinträchtigung des zu erfüllenden Zweckes das Doppelte hätte erreicht werden können. Bauvorhaben können wegen unüberbrückbarer Kontingentierungslücken oder auf Grund des Nichtvorhandenseins geeigneter Nuzhölzer nicht fertiggestellt werden. Es entstehen einerseits in völlig unzerstörten Landstrichen zusätzliche Scheunen und Ställe in einer mit Material verschwendenden Bauweise wie vor 200 Jahren; es entstehen andererseits an den Rändern zerstörter Großstädte armselige und menschenunwürdige Provisorien. Alles in allem entstanden in den Jahren nach Kriegsende lächerlich wenig Wohnungen, gemessen an dem dafür aufgewandten behördlichen Apparat, Baustoffen, Arbeitskräften und Transportmitteln. Es fiel mir auf meinem Wandergang durch die Bauwirtschaft z. B. auf, daß unsere Sägewerke voll von Holz liegen.

(Sehr richtig!)

Ich versuchte, festzustellen, warum. Man sagte mir: Englandauftrag. 50 Prozent der Kapazität jedes Sägewerks werden dafür eingesetzt, für England zu arbeiten. Ich habe das verstanden. Da kommt der andere und sagt, ja das ist doch die feinste Sache, um zu erklären, daß das Holz hinten auf dem großen Stapel liegt; in Wirklichkeit liegt es dort, um den Währungseinschnitt zu überdauern.

(Hört, hört!)

Ich will das nicht im einzelnen untersuchen und nicht jedem Sägewerksbesitzer diesen Vorwurf machen. Aber wenn der Baustoff Holz so rar ist, so müssen Mittel und Wege gefunden werden, die die Kontrolle dieser lagernden Bestände besser ermöglichen, als das bisher der Fall ist. Wir haben zwei Stellen, die die Bewirtschaftung des Holzes regeln sollen: wir haben die Landesstelle Holz im Wirtschaftsministerium und wir haben die Bayerische Holzwirtschaftsstelle im Landwirtschaftsministerium. Die eine befaßt sich mit Rundholz, die andere mit Nuzholz. Ich bin an beiden Stellen gewesen. Ich habe mich überzeugen lassen, daß beide Stellen das Beste wollen. Aber ich bin der Meinung, daß es für beide viel besser wäre, wenn eine Stelle geschaffen würde, die sich mit der Frage Holz zu beschäftigen hat.

Rohle, dieser Kraftstoff der Bauwirtschaft muß in einer Weise verwaltet werden, daß es möglich ist, damit wirklich die höchsten Prioritäten zu speisen.

Auf dem Gebiet der Nachwuchsschulung habe ich mich davon überzeugen lassen, daß nicht alles getan

(von Knoeringen [SPD])

ist, um jetzt die Vorbereitungen zu treffen, damit wir später im Bauwesen wirklich einen Nachwuchs haben.

Auf dem Gebiet der Baustofftransporte wären lange Listen der Kritik anzuführen. Hier werden durch die Kompensationen geradezu verheerende Wirkungen ausgelöst. Die Stadt Nürnberg z. B. muß Mauersteine aus Ziegeleien beziehen, die hinter Ingolstadt liegen, während die Ziegeleien vor Nürnberg nach Frankfurt und Bremen liefern. Zement von Amberg geht nach München, während Zement von Marienstein nach Nürnberg geliefert wird. Die offiziellen Stellen kennen diese Zustände, aber infolge des Fehlens einer durchgreifenden Ordnung war eine Regelung bisher offenbar nicht möglich. Das soll nicht heißen, daß sich die Behördenstellen nicht bemühen, Ordnung hineinzubringen. Aber diese Ordnung kann unmöglich erreicht werden, wenn verschiedene Stellen, ohne miteinander Kontakt zu haben, nach ihren Gesichtspunkten zu planen anfangen. Grundsätzliche Fragen aber, die als Voraussetzung für jede Aufbautätigkeit gelöst werden müssen, bleiben in den Schubladen der Schreibtische liegen. Die Baulandbeschaffung und Baulandumlegung ist bis heute noch nicht geregelt.

Ich bin zu dem Stadtbaumeister meiner Heimatstadt Rosenheim gegangen. Er führte mich herum und zeigte mir Baulücken: Hier soll gebaut werden, aber der Grund und Boden, auf dem gebaut werden soll, gehört einer Lante. Die Lante ist soundso alt. Sie gibt den Grund und Boden nicht her. Sie kann jetzt nicht mit klaren Mitteln gezwungen werden, ihren Boden irgendwo anders zu suchen. Nein, die Stadt muß sich einen Bauplatz weit außerhalb suchen, wohin keine Kanalisation gelegt werden kann. Das ganze Bauen unterbleibt! Hier zeigt sich, daß wir den Mut haben müssen, auf alte Rechtsbegriffe einzuwirken, sie neu zu ordnen; sonst können wir unsere Städte nicht aufbauen. Das Enteignungsverfahren für Bauland ist zu langwierig, um mit Erfolg angewendet werden zu können. Finanzierungspläne sind außer bescheidenen Detailfinanzierungsplänen vom Arbeitsministerium und sehr guten Plänen, die von privaten Kreisen vorgelegt wurden, noch nicht ausgearbeitet worden. Auch wenn vor der Währungsreform entscheidende Festlegungen auf dem Gebiet der Finanzierung noch nicht getroffen werden können, so wäre eine Prüfung des ganzen Fragenkomplexes durch berufene Fachleute in Verbindung mit einer zentralen Aufbaubehörde eine dringende Notwendigkeit. Im Arbeitsministerium liegt seit 1945 der Entwurf eines vorläufigen Aufbaumotgesetzes, der von dem anerkannten Baufachmann, dem verstorbenen Stadtrat Breis von München stammt. Er schlummert irgendwo und hat wahrscheinlich auch in Zukunft keine Aussicht, verwendet zu werden.

Wenn in Zukunft und nach einer Währungsreform planmäßig an diese Aufgaben herangegangen werden soll, dann muß jetzt begonnen werden. Wir müssen jetzt anfangen zu planen und uns zu überlegen, was in zwei und drei Jahren getan werden kann. Wenn wir den Zustand auf unserem Baumarkt überblicken und feststellen, daß die Bewirtschaftungsverfahren von oben bis unten durchbrochen werden, so fragen wir uns: Gibt es denn keine Handhabe, gegen die Gesetzesübertretungen vorzugehen?

Mir wurde das Gesetz Nr. 50 der Militärregierung vom 7. April 1947 vorgelegt. Da ist zu lesen:

Mit lebenslänglicher oder zeitlicher Zuchthausstrafe oder mit einer Gefängnisstrafe nicht unter sechs Monaten und mit einer Geldstrafe von 5000 bis 5 Millionen Mark werden bestraft Personen, denen die Herstellung, Verwaltung, Beförderung oder Obhut von zwangsbewirtschafteten Nahrungsmitteln oder zwangsbewirtschafteten Gütern aller Art einschließlich solcher, die sich im Herstellungsverfahren befinden, oder von Urkunden, die sich auf Zwangsbewirtschaftung beziehen, obliegt, wenn sie solche Gegenstände entwenden oder vorsätzlich deren Entwendung, widerrechtliche Vergeudung oder widerrechtlichen Gebrauch gestatten.

Ich frage mich, wie viele Persönlichkeiten in Bayern bereits straffällig geworden wären, wenn dieses Gesetz Anwendung gefunden hätte. Wenn man dagegen in dem Bericht über die Diskussionen im Ausschuß hört, daß für Schwarzbauern 150 Mark Geldstrafe verhängt wird, dann frage ich mich, nach welchen Mitteln die Regierung noch sucht, um hier durchzugreifen. Durchgreifen ist die Forderung, die wir erheben. Eine grundsätzliche Regelung ist unerlässlich.

Vom Verfassungsausschuß wird nunmehr ein Gesetz über die behördliche Organisation des Bauwesens und des Wohnungswesens vorgelegt. Wir haben gegen dieses Gesetz gestimmt aus Gründen, die ich jetzt darlegen werde. Dieses Gesetz soll das Chaos im Bauwesen ordnen und erklärt, daß alle Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Bauwesens und des Wohnungswesens auf das Innenministerium übergehen und daß die staatlichen Aufgaben durch die Wiedererrichtung der Obersten Baubehörde erfüllt werden sollen. Damit hat bei Annahme des Gesetzes durch das Plenum die Oberste Baubehörde, die durch verschiedene Ministerialentschließungen abgeschafft war, den unterirdischen Kampf gewonnen. Der soziale Wohnungsbau muß darnach also auch dem Innenministerium bzw. der Obersten Baubehörde angegliedert werden. Eine Ministerialabteilung hat über die andere gesiegt. Die großen Traditionen der seit 1820 existierenden Obersten Baubehörde, die in der unterirdischen Bauschlacht immer wieder ins Treffen geführt worden sind, triumphieren also über den traditionslosen sozialen Wohnungsbau. Dieses vorgelegte Gesetz scheint eine Ordnung zu bedeuten. Wir Sozialdemokraten glauben aber, daß es beim Schein bleibt.

(Sehr gut!)

Wir wollen die Leistungen der Obersten Baubehörde in keiner Weise antasten. Wer sich bemüht, die Baugeschichte des letzten Jahrhunderts durchzublättern, sieht die Leistungen der Obersten Baubehörde. Aber wir sind überzeugt, daß der Geist, aus dem diese Leistungen entsprungen sind, eben für den Geist wenig Raum hat, der die Voraussetzung für den sozialen Wohnungsbau ist.

(Sehr gut!)

Es geht nicht um die Wiederherstellung des Alten, es geht um die Schaffung des Neuen. Das Bayern der Vergangenheit mag groß geworden sein durch seine Staatsbauten, seine Königsschlösser, seine Maximilianeen und Museen; das neue Bayern muß groß werden durch seine soziale Leistung für den arbeitenden Menschen, durch seine Wohnkultur und durch die Größe des Anteils an den Schönheiten des Lebens,

(von Knoering (SPD))

den wir den Ärmsten unter uns zukommen lassen. Darum steht für uns heute der soziale Wohnungsbau an erster Stelle. Erst wenn wir die Fragen des sozialen Wohnungsbaus als Volk in einer gemeinsamen Anstrengung angehen, haben wir Aussicht, daß diese Demokratie lebensfähig wird. Achtung vor allem dem, was unsere Geschichte uns aufzeigt, was in unseren Museen zu sehen ist, was unsere Baudenkmäler darstellen! Aber die neue Zeit wird groß durch die Achtung, die sie dem Menschen und der Persönlichkeit entgegenbringt.

(Beifall bei der SPD.)

Die Oberste Baubehörde mag in dieser bürokratischen Schlacht gestiegen haben. Ob sie den Kampf um die eine Million Wohnungen in Bayern gewinnen wird, wird die Zukunft erweisen. Sie mag wissen, daß sie von jetzt ab in der Sozialdemokratischen Partei eine kritische Beobachterin gefunden hat.

(Dr. Hille: die schöpferische Methoden verlangt.)

Aufbau und Inhalt der Obersten Baubehörde sollen nicht angetastet sein; aber sie sind gerade wegen dieses Inhalts nicht geeignet, jene Massentätigkeit zu entwickeln, ohne die das Problem gar nicht zu lösen ist.

(Sehr gut!)

Ohne einen fabrikmäßigen Großeinsatz der Wohnungsproduktion ist eine Lösung dieser Aufgaben nicht zu denken. Das Gesetz, das uns vorgelegt wird, ist ferner in der Definition der staatlichen Aufgaben des Bauwesens sehr unklar. Es wird nicht näher bestimmt, was darunter überhaupt verstanden sein soll. Wir wären dem Herrn Staatssekretär sehr dankbar, wenn er uns darüber nähere Aufklärung geben würde.

Von der Regierung ist ferner, wie wir wissen, ein Baustoffnotgesetz in Vorbereitung, das unter Einbeziehung des sozialdemokratischen Vorschlages erarbeitet wurde. Ich möchte hinzufügen, daß auch noch andere Fraktionen an dem Zustandekommen dieses Baustoffnotgesetzes Anteil haben. Wir begrüßen jede Entwicklung, die zu einer stärkeren Erfassung und zweckmäßigeren Verteilung der Baustoffe führt. Wir glauben aber, daß das vorliegende Gesetz dazu nicht ausreichend ist, weil es die Lenkung und Überwachung der Baustoffproduktion außer acht läßt und keine Handhabe dafür bietet, daß die Baustoffproduktion mit einer Bauplanung gekoppelt ist. Es helfen uns heute nicht mehr Gesetze, die nur das Vorhandene zu kontrollieren gestatten; wir brauchen Unterlagen, um planmäßig die Steigerung der Baustoffproduktion auf allen Gebieten und die vernünftige Verwendung aller künstlichen und natürlichen Baustoffe zu ermöglichen. Herr Staatssekretär Fischer hat sich sicher große Mühe gegeben und ist mit aller Energie daran, hier Ordnung hineinzubringen. Aber wir glauben, daß eine letzte Ordnung nur möglich ist, wenn von der Produktion an, vom Ziegel bis zum fertigen Haus, ein einheitlich kontrollierter Arbeitsgang durchführbar ist,

(Sehr gut! bei der SPD)

nicht indem wir von einem Ministerium aus alles vorschreiben, sondern hier können Sie die unteren Kontrollorgane der Demokratie einsetzen. Und diese sind vorhanden; man muß ihnen nur die Möglichkeit geben, wirklich in einem geschlossenen Ganzen zu wirken.

(Zuruf.)

— Konstruktive Planung, Rahmenplanung, ja wohl, mit demokratischer Initiative von unten!

Aus allen diesen Erkenntnissen heraus fordert daher die Sozialdemokratische Partei die Schaffung eines selbständigen Aufbauministeriums, in dem das gesamte Bauwesen zusammengefaßt ist. Dem Aufbauministerium obliegt die Bearbeitung aller Fragen des Aufbaues, des Wohnungsbaues, der Siedlung und Wiederbesiedlung sowie des gesamten Bauwesens und der Bauwirtschaft. Alle mit dem Bauwesen befaßten Abteilungen bzw. Landesstellen müssen in diesem Ministerium aufgehen. Auch die Flüchtlingsbetreuung ist diesem Ministerium anzugliedern. Mit dieser Forderung vertritt die Sozialdemokratie eine Auffassung, die bei den entscheidenden Stellen, die sich mit Wohnungsbau befassen, anerkannt ist. Am 23. Oktober 1947 faßte der Bayerische Städteverband eine Resolution über Fragen des Wiederaufbaues, in der die Forderung nach Schaffung eines Sonderministeriums für Aufbau und Ansiedlung aufgestellt wird. Am 6. März 1947 veröffentlichte der Berufsverband der Architekten und Bauingenieure ein Memorandum, in dem die Zusammenfassung des gesamten Bauwesens in einer unabhängigen Behörde gefordert wird. Auch die Flüchtlingsverbände fordern die Zusammenfassung des Bauwesens und die Schaffung eines Aufbauministeriums. Der Bayerische Gewerkschaftsbund hat in Erkenntnis der Bedeutung des sozialen Wohnungsbaues einen scharfen Kampf für die Aufrechterhaltung der Abteilung VI im Arbeitsministerium geführt. Er hat es aus der Ermägung heraus getan, daß der soziale Wohnbau im Innenministerium niemals die Berücksichtigung finden wird, die ihm heute zukommt. Die Vertreter des Bayerischen Gewerkschaftsbundes erklärten jedoch, daß sie die Überführung des sozialen Wohnbaues in ein besonderes Aufbauministerium akzeptieren, wenn dort die Gewähr dafür geboten wird, daß der Massenbau von Wohnungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gefördert wird.

Die Sozialdemokratie ist deshalb Sprecher der breiten Schichten unseres Volkes, wenn sie in diesem Landtag fordert, daß den großen Fragen des Wiederaufbaues durch die Schaffung eines eigenen mit sozialem Geist erfüllten Ministeriums raschestens Rechnung getragen wird.

Die Sozialdemokratie fordert zweitens die Bearbeitung der Rechtsgrundlagen für die Durchführung eines großzügigen Bauprogramms. Dazu gehört vor allem die Schaffung eines Aufbaugesetzes, durch das die in den geltenden Vorschriften enthaltenen Bestimmungen über die Inanspruchnahme von Grund und Boden, über Umlegung, Erschließung und Enteignung von Baugelände zusammengefaßt und ausgebaut werden. Durch dieses Aufbaugesetz muß erreicht werden, daß dem Aufbau und Wiederaufbau geschlossene Flächen zur planmäßigen Bebauung ohne Rücksicht auf private Sonderinteressen zur Verfügung stehen. Die damit verbundenen Eingriffe in das Eigentum sind gerechtfertigt und zu verantworten.

Die Sozialdemokratische Partei fordert drittens die Erstellung eines Gesamtbauplans für das Land Bayern auf Grund von Einzelplänen der Städte, Gemeinden und Landkreise, die nach den örtlichen Bedürfnissen geschaffen sind. Sie sind von der Landesbehörde mit der Industrieplanung abzustimmen und zu genehmigen.

**(von Knoeringen [SPD])**

Wir fordern viertens die Kontrolle der gesamten Baustoffproduktion und die Verteilung durch dieses Aufbauministerium. Bei der Baustoffzuteilung sind die rentabelsten Transportwege zu berücksichtigen. Die Baustoffzuteilungen sind mit der baupolizeilichen Genehmigung zu verbinden.

Fünftens: Dem Mangel an Bauarbeitern ist durch die Verbesserung der Bauarbeitertarife, durch bevorzugte Belieferung mit Bekleidung und durch Berücksichtigung bei der Wohnungszuteilung entgegenzuwirken. Es müssen Wege gesucht werden, um durch die Bildung von Arbeitsgemeinschaften innerhalb des stark zersplitterten Baugewerbes eine Lenkung des rentabelsten Arbeitseinsatzes für den Wohnbau herbeizuführen. Wir haben Erfahrungen, die in anderen Ländern gesammelt worden sind. Ich habe mich neulich mit einem Aufbauminister eines anderen Landes unterhalten, und es wäre sehr gut, wenn wir hier eingehende Aussprachen pflegen würden, um uns die Erfahrungen anderer zugute kommen zu lassen.

Wir fordern sechstens ein Bauforschungsinstitut. Die Baunormen sind als verbindlich zu erklären.

(Zuruf.)

— Ich bin nicht darüber informiert, ob im Augenblick ein solches Institut besteht, das in der Lage ist, mit einer gewissen Autorität all diese Fragen zu untersuchen, zu lösen und zu entscheiden. Die baupolizeilichen Vorschriften, insbesondere die Bauordnung sind den modernen Bedürfnissen anzupassen und neu zu fassen.

Siebtens: Bauträger für den sozialen Wohnbau sind insbesondere die gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmungen, Genossenschaften, Gemeinden bzw. Städte.

Achtens: Die Landesplanung ist aus dem Wirtschaftsministerium in das Aufbauministerium zu überführen. Die Landesplanung ist zu einer arbeitsfähigen Organisation unter Mitwirkung beratender Organe aus Vertretern der Öffentlichkeit auszubauen.

Neuntens: Das demokratische Selbstbestimmungsrecht der Bezirke, Kreise und Gemeinden bzw. Städte ist durch eine weitgehende Dezentralisation zu sichern. Die Initiative von unten muß in jeder Form gewährleistet werden. In den einzelnen Kreisen, Gemeinden und Städten sind nach Möglichkeit besondere Aufbauausschüsse zu bilden, in denen Vertreter der politischen Parteien sowie wirtschaftlicher und kultureller Organisationen mit den Vertretern der Behörden den Wiederaufbau beraten. Ich möchte hier nur ein Beispiel aus England anführen. In England haben sich in einzelnen Orten ganz private Ausschüsse auf Grund eigener Initiative ohne Kompetenzen gebildet. Diese Ausschüsse fangen an, in öffentlichen Versammlungen die Probleme des Aufbaues ihrer jeweiligen Städte zu diskutieren. Hier ist eine Möglichkeit der Entwicklung der Demokratie gegeben. Aber ich glaube, daß wir die Demokratie erst langsam in uns aufnehmen müssen. Es ist daher notwendig, eine gewisse Initiative zu geben und durch eine bewußte Lenkung das Zustandekommen solcher Ausschüsse zu ermöglichen.

Zehntens: Ein Finanzierungsplan für den sozialen Wohnbau ist zu erstellen. Die Lenkung pri-

vater Kapitalien zu diesem Zweck und die Bereitstellung öffentlicher Mittel für die erforderlichen Zuschüsse muß geplant und mit Rücksicht auf die Verhältnisse nach der Währungsreform vorbereitet werden. Die öffentlichen Haushalte sind sofort hierauf einzustellen. Die Finanzierung wird verantwortlich von den Gemeinden mit Staatsbeihilfen durchzuführen sein.

Wir fordern elftens als Sofortmaßnahme die Ausarbeitung von Plänen für die Erstellung von 100 000 Wohnungen in den Jahren 1948, 1949 und 1950.

Diese elf Forderungen, die von uns diskutiert und überlegt sind, müssen einer Prüfung unterworfen werden. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten. Ich weiß schon heute, daß der Forderung eines solchen Aufbauministeriums von verschiedenen Seiten eine Reihe von Gegengründen entgegengehalten werden. So wird der Vorwurf kommen: Wieder ein neues Ministerium! Wir haben schon genug Ministerien!

(Zuruf: Sehr richtig!)

Dazu sagen wir: Es geht uns hier nicht um die Schaffung einer neuen bürokratischen Zentralstelle. Es geht uns um die Ordnung des Chaos. Es geht uns um die Schaffung einer Stelle, die mehr ein Gehirn darstellt, um diese gewaltige Leistung wenigstens in Gang zu bringen. Wir glauben nicht, daß das eine untergeordnete Abteilung in irgendeinem Ministerium tun kann. Dieses Ministerium muß mit der nötigen Autorität ausgestattet sein. Wenn wir dieses Ministerium haben und diese Ordnung erreichen, dann glaube ich, daß es nicht eine Vermehrung, sondern eine Verminderung des ministeriellen Apparats bedeuten wird, den wir heute haben und der infolge der Verteilung auf die verschiedensten Stellen sich künstlich aufzublähen imstande ist.

Ein anderes Gegenargument wird sein, ob wir uns überhaupt mit der Planung beschäftigen können. Wir haben keine Kohle, wir haben kein Holz, wo sollen die 100 000 Wohnungen herkommen, wo die Million Wohnungen? Wir wissen, wir haben kein Holz oder nur so wenig, daß es wahrscheinlich nicht ausreicht, um diese Million Wohnungen in der Schnelligkeit und Art zu schaffen, wie wir das wünschen. Wir wissen, daß Deutschland vor dem Krieg ein Holzeinfuhrland gewesen ist, daß wir 12 Millionen Festmeter Holz eingeführt haben, während wir heute Holz ausführen müssen. Das ist oft von dieser Stelle aus gesagt worden. Wir wissen, daß 9 Millionen Festmeter Holz in die Ofen gewandert sind. Fachleute haben mir ausgerechnet, daß daraus 200 000 Holzhäuser hätten gebaut werden können und daß diese Holzmenge für 400 000 Wohnungen die holzmäßige Ausrüstung der Bedachung hätte sicherstellen können. Wir wissen, daß wir, um diesen Brennstoff Holz, der in unsere Ofen wandert, zu ersetzen, die Kohle brauchen, die im Ruhrgebiet gegraben wird. Wir wissen, daß, um die Baustoffindustrie in der Bizone zu beleben, 180 000 Tonnen Kohle monatlich freigegeben werden müßten. Das wissen wir.

Nun kommt jemand und sagt: Das geben uns die Amerikaner nie, daher setzen wir uns hin und lassen die Dinge laufen! Das ist ein falscher Standpunkt.

(Zuruf.)

— Bitte? — Es ist gesagt worden, daß Aufbau oder Wiederaufbauplanung heute nur ein Salongespräch ist, aber mit Realität nichts zu tun hat.

(von Knoeringen [SPD])

Und hier komme ich zu dem wesentlichen Punkt, der sicher mit unserer ganzen Politik in Bayern selbst zu tun hat. Wir haben uns vor kurzem hier mit einer Interpellation der CSU in Fragen der Holzverteilung beschäftigt. Inzwischen ist im übrigen eine Regulierung der einschlägigen Anordnung eingetreten, und wir haben uns sagen lassen, daß die Verhältnisse mehr oder minder beim alten Zustand des Vorjahrs geblieben sind, so daß wir also nicht 80 Prozent unseres Nuzholzes aus Bayern ausführen müssen, sondern umgekehrt 80 Prozent behalten werden. Aber das reicht nicht aus. Denn das Holz, das wir bisher hatten, genügte nicht, um eine planmäßige Aufbautätigkeit zu entwickeln. Aber gerade das Dokument, das die Grundlage für die Interpellation der CSU geliefert hat, hat zugleich klargestellt, daß die amerikanische und englische Militärregierung auf Grund von Zahlen, die von deutschen Stellen geliefert wurden, ihre Feststellungen getroffen haben und daß diese Zahlen nicht korrekt gewesen sind, daß sie nicht unter vollständiger Berücksichtigung aller unserer Notwendigkeiten aufgestellt wurden, daß infolgedessen auch die Entscheidungen der Militärregierungen auf diese Art falsch sein müssen. Aber selbst wenn heute die Befugungsmächte auf dem Standpunkt stehen, daß uns diese Mengen nicht zugebilligt werden können, wer verbietet uns denn, darum zu kämpfen? Wer verbietet uns, ständig vor sie hinzutreten, und zwar nicht nur mit festen Zahlen von Festmetern Holz, die wir brauchen, sondern mit einem klaren Programm des Aufbaues? Wir haben uns oft sagen lassen müssen, daß wir die Initiative nicht besitzen, die notwendig ist, um eine solche Gestaltung zustandezubringen. Ich glaube, dieser Vorwurf trifft uns nicht ganz; aber in einem bestimmten Grade ist er richtig. Wir müssen als Parlament, als Regierung in Deutschland viel mehr planmäßige Vorarbeit leisten, um für unsere Forderungen die Begründung zu schaffen. Rahmenplanungen sind daher unerlässlich und ich glaube, daß die Methode des Kartoffelkrieges hier nicht auf die Fragen des Wiederaufbaues angewendet werden kann.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Wir bekennen uns zu dem deutschen Schicksal. Wir wissen, daß wir als Volk ein gemeinsames Schicksal haben, und wir wissen, daß auch der Aufbau aus Ruinen nicht möglich ist, wenn wir, separiert in Länder, marschieren,

(Sehr gut! bei der SPD)

getrennt in Kompensationsstaaten, wie sie sich die WW vorstellt, oder in weiß-blaue Reiche, wie sie Herr Dr. Baumgartner jetzt zu entwickeln versucht.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Jeder hat sein eigenes Reich und jedes hat Ausfuhr und Einfuhr. Das, verehrte Anwesende, führt uns nicht zu einem Aufbau, sondern zu einer langsamen Verwesung des ganzen deutschen Volkes. Aber in dieser Auffassung stütze ich mich nicht nur auf Meinungen der Sozialdemokratischen Partei. Es ist ein Buch erschienen, das ich Ihnen sehr ans Herz lege, ein erster Versuch, wirkliche Grundlagen für eine großzügige Aufbauplanung zu schaffen. Es heißt „Die bayerische Industrie“ und ist geschrieben von Dr. Othmar Emminger, der mir persönlich nicht bekannt ist. Ich empfehle Ihnen, jedem einzelnen von Ihnen, dieses Buch. Kein

Landtagsabgeordneter kann ohne die Kenntnis dieser Zusammenhänge heute politisch wirken. Dr. Emminger schreibt über die Notwendigkeit der Planung:

Es genügt, die der Industriewirtschaft gestellten Nachkriegsaufgaben aufzuführen, um sofort zu erkennen, daß hier nicht ohne umfassende Planung gearbeitet werden kann. Man kann nicht die wirtschaftliche Eingliederung von zwei Millionen Menschen, die in kürzester Frist durchgeführt werden soll, dem freien Spiel der Kräfte und des Zufalls überlassen, besonders nicht zu einer Zeit, wo infolge der allgemeinen Not noch nicht einmal die einfachste Unterkunft und das primitivste Handwerkszeug . . . zu erlangen ist.

Er schreibt weiter:

Jeder bayerische Wiederaufbau- und Siedlungsplan muß also eingefügt werden in einen langfristigen deutschen Produktions- und Verteilungsplan für die wichtigsten Rohstoffe. Diese Tatsache kann aber kein Hindernis für eine möglichst sorgfältige Planung auf der Länderebene sein: denn ein durchdachter und durchführbarer Plan für ganz Deutschland kann nur aufgestellt werden auf Grund von gut durchdachten Aufbauplänen für die einzelnen Wirtschaftsgebiete.

Hier liegen die Aufgaben, die wir im Lande Bayern auf allen Gebieten zu erfüllen haben.

Der Herr Wirtschaftsminister hat in seiner Rede zum Wirtschaftssetat hervorragende Ausführungen über Rahmenplanung gemacht. Aber wir dürfen bei den hervorragenden Ausführungen nicht stehen bleiben. Es muß etwas geschehen. Es ist zu begrüßen, daß die Abteilung Planung im Wirtschaftsministerium, die von dem Vorgänger des Herrn Wirtschaftsministers Dr. Seidel geschaffen wurde, erhalten geblieben ist und weiter arbeitet. Aber im Wirtschaftsministerium allein ist diese Planung nicht genügend. Wir haben bei den Fraktionsverhandlungen im letzten Sommer bereits gefordert, daß ein interministerieller Planungsrat geschaffen wird, in dem die verschiedenen Ministerien, die am Aufbau beteiligt werden müssen, aufs engste zusammenarbeiten und ihre Tätigkeit nach solchen Plänen ausrichten. Ich weiß nicht, ob inzwischen etwas Derartiges geschaffen worden ist. Wir sind jedenfalls der Meinung, daß hier die großen Aufgaben einer Regierung liegen werden. In zwei Jahren können, wenn es gut geht, vielleicht die Nahrungsforgen stärker von unseren Schultern genommen sein. In vier Jahren können vielleicht die Probleme der Bekleidung nicht mehr diese Rolle spielen wie heute. Aber noch in 10 und 15 Jahren werden uns die Fragen des Aufbaues und der Schaffung von Wohnungen beschäftigen. Hier ist die Leistung zu setzen. Hier hat sich die Demokratie zu bewähren. Wir wissen, daß Demokratien aus der Kraft von unten leben. Ein überspitzter Zentralismus ist für einen gesunden Aufbau genau so unmöglich wie der Staatenbund des Herrn Dr. Baumgartner.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Den Auswüchsen des Zentralismus aber ist nicht dadurch zu begegnen, daß man einen kleinen bayerischen Zentralismus aufzuziehen versucht,

(Sehr richtig! bei der SPD)

sondern dadurch, daß man den Willen zur Gestaltung hat und den Willen zur Gestaltung in die Spitzenstellen hinaufreibt. Die Leistung muß von unten

(von Knoeringer [SPD])

kommen, und gerade in den Fragen des Wiederaufbaues kann sie von unten kommen.

Wir fordern daher, daß auch in Frankfurt bei Behandlung der Aufbaufragen in Zukunft viel konzentrierter verfahren wird, als es bisher der Fall war. Auch in Frankfurt muß ein eigenes Amt für Aufbau geschaffen werden. Herr Kollege Dr. Limmert wird sich denken: Ich höre nur immer „Amt“, „Zentralen“! Aber ich glaube, wir kommen um die Schaffung dieser Rahmenplanung nicht herum, sie ist nur möglich durch Ordnung. Aber diese Ordnung wächst sich in ein Exzerptreglement aus, wenn nicht Menschen mit demokratischem Willen da sind, die sie mit Leben füllen. Hier ist der Platz, wo wir Sozialdemokraten unsere Kritik an der Regierung zu üben haben. Bayern müßte heute auf dem Gebiet der Wiederaufbauplanung führend sein. Bayern müßte in Frankfurt die Initiative ergreifen. Sein Beispiel müßte richtunggebend für andere Länder sein. Gerade wir in Bayern haben, wenn auch sehr angeschlagen, so doch noch eine gewisse Substanz, einen gewissen Willen zum Leben, und jeder Beobachter, der durch Deutschland reist und nach Bayern kommt, wird bestätigen, daß dieses Leben hier am deutlichsten in Erscheinung tritt. Wir haben also die Verpflichtung, auf diesem Gebiet mehr zu leisten, als man vielleicht dort leisten kann, wo ganze Industriegebiete in Ruinen liegen.

Wir sind bereit, die Regierung in allen diesen Bemühungen zu unterstützen, wenn sie in Frankfurt diesen bayerischen Standpunkt zur Geltung bringt.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Wenn aber die Regierung diese Aufgaben nicht zu erfüllen vermag, wenn sie zögernd und unentschlossen ans Werk geht, wenn sie mit Halbheiten von vornherein den Erfolg vereitelt, wenn sie sich zu schwach zeigt, durchzugreifen, dann — das verspreche ich Ihnen heute — wird die Sozialdemokratie ins Volk gehen und wir werden den sozialen Druck der Massen mobilisieren, damit der Bau von Wohnungen möglich wird.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Nur durch eine Volksbewegung ist eine solche Aufbauleistung möglich.

(Zuruf rechts.)

— Sowohl! Alle Parteien! Aber die Parteien müssen dann den Mut zur Gestaltung haben,

(sehr gut! bei der SPD)

sie müssen den Mut zu einer ganzen Leistung haben und nicht in halben theoretischen Erörterungen stecken bleiben. Es war sehr schön, was ich in der Rede des Herrn Kollegen Dr. Kroll über Rahmenplanung und Detailplanung gelesen habe. Aber ich weiß nicht, inwieweit diese Auffassungen heute Gedankengut seiner Partei geworden sind

(sehr gut! bei der SPD)

und inwieweit diese Auffassungen Ausdruck einer konstruktiven Politik der CSU und der Regierung selbst sind.

(Beifall bei der SPD.)

Berehrte Anwesende! Diktaturen haben das Mittel der Gewalt für sich. Millionen wurden von Hitler als Zwangsarbeiter auf die Autobahnen verpflichtet. Damit kann man bauen; durch diese Zwangsarbeiter sind die gewaltigen Leistungen der

deutschen Rüstungsindustrie möglich geworden. Millionen Menschen sind heute in Rußland als Zwangsarbeiter damit beschäftigt, Kanäle zu graben und Industrien aus dem Boden zu stampfen. Eine Demokratie kann diesen Weg nicht gehen, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will. Sie schafft ihre Leistung durch den freien Willen des Volkes selbst, durch die Ordnung, die sich dieses Volk aus freiem Willen gibt. Wenn Sie diesen Weg nicht gehen, dann ist Ihr demokratisches Kleid eine Hülle, die der erste Sturm zerfezen wird.

Der Aufbau Deutschlands, die Schaffung von einer Million Wohnungen in Bayern ist ohne den Glauben unseres Volkes an die Zukunft unmöglich. Hier sind die Kraftquellen. Hier muß ein Ministerpräsident oder ein Minister eines solchen Aufbauministeriums sich vor sein Volk stellen und diesem Volk den Glauben an die Leistung seiner Regierung geben. Hier müssen die Parteien zusammenwirken und draußen im Lande diesen Aufbauwillen zu erwecken versuchen.

Es mag heute einer glauben: Ich rette mich, ich rette meine paar Tausender über den Währungseinschnitt hinüber. Berehrte, er wird sie nicht retten, wenn wir uns nicht alle gemeinsam retten.

(Sehr richtig! Sehr gut!)

So wird der Aufbau und der soziale Wohnungsbau zum Prüfstein unserer Demokratie und zum Prüfstein dieses Landtags werden.

Der Herr Ministerpräsident hat in verschiedenen Reden der starken Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das Jahr 1948 ein Jahr des Besseren wird. Auch ich bin der Meinung, daß dieses Jahr ein Jahr der Entscheidung ist und daß es ein Jahr zum Besseren werden muß. Um so mehr aber sind wir Sozialdemokraten bemüht, dafür zu sorgen, daß diese Wende nicht die Wende zu einer neuen kapitalistischen Ordnung wird, in der Profit und nicht das Bedürfnis des arbeitenden Menschen entscheidend ist. Wir wollen, daß eine neue soziale Ordnung entstehe, in der die verantwortliche Mitbestimmung des arbeitenden Menschen in Politik und Wirtschaft mehr als eine schöne Formel der Verfassung ist. Daher haben wir vier Gesetze zur Demokratisierung der Wirtschaft ausgearbeitet, um sie zu einer Diskussionsgrundlage dieses Parlaments zu machen.

Wir Sozialdemokraten wissen, daß Theorien keine neue Welt schaffen. Wir wollen aus der Wirklichkeit heraus unsere Politik entwickeln. Diese Wirklichkeit haben wir am stärksten erkannt in der Lösung dieses Problems, der Schaffung von Wohnungen. In der Tat stehen auch wir in Demut vor der gigantischen Aufgabe, die unserem Volke gesetzt ist.

Nun möchte ich etwas anfügen. Meine Mitgliedschaft in diesem hohen Hause hat in mir das Gefühl aufkommen lassen, daß wir noch nicht das Parlament sind, das aus den Trümmern heraus entstanden und auch berufen ist, diese Aufbauleistung ernsthaft in die Wege zu leiten. Die Begründung, die ich an den Antrag meiner Fraktion auf Auflösung dieses Parlaments angefügt habe, halten wir nach wie vor aufrecht; wir glauben, daß die Qualität dieses hohen Hauses nicht ausreicht, um die Voraussetzungen einer solchen Arbeit zu schaffen. Wir haben vor einigen Monaten, glaube ich, einen Antrag, der hier angenommen worden ist, eingebracht, die Regierung

(von Knoeringen [SPD])

zu bitten, ein Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid vorzubereiten. Wir bitten die Regierung dringend, die Vorlage dieses Gesetzes zu beschleunigen; denn wir werden es vielleicht brauchen.

Wir Sozialdemokraten wissen, daß wir in diesem Volke den politischen Kurs nicht entscheidend beeinflussen können. Wir wissen, daß auch wir aus den Trümmern dieser Vergangenheit hervorgegangen sind und daß auch wir den Prozeß der Regeneration durchzumachen haben. Aber es ist die Frage, wie man sich dazu stellt: ob dieser Prozeß einer des Zerfalls oder einer der Entwicklung der inneren Kraft ist.

(Beifall bei der SPD.)

Und hier wollen wir unsere politische Leistung sehen. Wir wollen uns an dieser Aufgabe bewähren; wir wollen im stillen intensiv arbeiten, um Leistungen zu setzen, die der Regierung zukommen würden. Aber wir werden auch zu gegebener Zeit vor das Volk hintreten und vor allem Volke das klarlegen, was diese Regierung in diesem Augenblicke der Not versäumt hat zu tun.

Die Sozialdemokratie erhebt die Forderung: Baut Wohnungen!

(Zurufe von der CSU: Wir auch!)

Und wir machen diese Forderung zu unserem Kampfruf.

(Beifall bei der SPD.)

**I. Vizepräsident:** In der Reihe der Redner folgt der Herr Abgeordnete Bodesheim.

**Bodesheim (SPD):** Meine Damen und Herren! Ich möchte bei meinen Ausführungen zunächst auf die Worte unseres Wirtschaftsministers anlässlich seiner Rede zum Wirtschaftsetat zurückgreifen; dabei hat er den Satz geprägt: Bayern ist ein Industrieland. Hiermit wurde wohl zum erstenmal die vielleicht schon vollzogene, zumindest aber notwendige Strukturänderung unserer Volkswirtschaft von dieser Seite aus festgelegt.

Ich hatte gestern schon Gelegenheit, auf die notwendige Industrialisierung Deutschlands und die Rolle hinzuweisen, die Bayern in diesem Prozeß spielen muß. Bayern kommt in diesem Fall sein Reichtum an Wasserkraften zugute; und die muß es ausnützen. Die Ausnützung der Wasserkraft gehört zum Aufgabenbereich des Innenministeriums; und aus den Ausführungen des Staatssekretärs Fischer haben wir ersehen, daß er diese Aufgabe erkannt hat und zu ihrer Durchführung auch entschlossen ist. Denn in der Elektrizitätswirtschaft liegt Bayerns Zukunft.

Ob nun die Kohlenbergwerke kapitalistisch oder sozialistisch weiterbetrieben werden, eine nennenswerte Preissteigerung für Kohlen wird sich nicht umgehen lassen und würde den Kohlenpreis auch dem Weltmarktpreis anpassen. Der Preis des Stromes jedoch, der aus unserer weißen Kohle gewonnen wird, kann und wird konstant bleiben; denn nach einmaligen Investitionen bleiben nur geringe Unterhaltungskosten übrig, die den Strompreis nicht beeinflussen. Wir haben hier eine Energiequelle, die uns im wahren Sinne des Wortes der Himmel täglich neu schenkt. Wir müssen sie nur ausnützen.

Welche Ausichten haben wir, wenn wir uns das vor Augen führen, für die Industrialisierung Bayerns!

Ich habe da eine Zusammenstellung aus den verschiedenen Flußgebieten Iller, Lech, Isar, Inn, Donau, Regen, Isz, Alz, von Kleinwasserkraften und aus dem Donau- und Maingebiet. Hier stehen Bayern rund 16 Milliarden Kilowattstunden zur Verfügung; ausgenutzt sind bisher etwa 6 Milliarden Kilowattstunden, so daß noch die Aufgabe offen ist, 10 Milliarden Kilowattstunden Strom für unsere Volkswirtschaft nutzbar zu machen. Bayern soll ein Industrieland werden. Hier liegt sowohl Schlüssel als auch Rohstoff zur Erschließung und zur Ausweitung dieses Industrielandes.

Es ist hier angebracht, einmal auf die Entwicklung des Industriegebiets in Rheinland-Westfalen zurückzublicken. Auch hier entstanden an Wasserläufen, an der Ruhr und an der Wupper Hammerwerke und Schleifwerke, aus denen sich dann die rheinisch-westfälische Industrie entwickelte.

Wenn uns nun die Rohstoffe Kohle und Eisen fehlen, so müssen wir aus unseren Wasserkraften eine Industrie entwickeln, die Strom braucht. Hierbei denke ich vorwiegend an die Fabrikation von Düngemitteln, Aluminium, Elektro Stahl, Elektrogußeisen, Korund als Rohstoff für Schmiergelscheibenherstellung, Karbid, Elektrographittierung von elektrischen Leitungskohlen. In diesen Artikeln könnte sich Bayern eine Monopolstellung erringen.

Von sozialdemokratischer Seite wurde ein Antrag eingebracht, Frühgemüsebeete anzulegen; es wurde hierfür ein Betrag von 500 000 Mark ausgeworfen. Den meisten der Mitglieder des hohen Hauses wird es bekannt sein, daß andere Länder schon längst billigen elektrischen Strom für die Beheizung von Frühgemüsebeeten ausnützen. Die Energie ist ein Glied in der Kette wirtschaftlicher Zusammenhänge. Stärken wir dieses eine Glied, dann stärken wir gleichzeitig die Produktion, den Export und den Import von Rohstoffen und Nahrungsmitteln.

Aber eine unvernünftige Preispolitik könnte diesen Segen wieder vernichten. Billiger Nachtstrom kann für einen Pfennig pro Kilowatt hergestellt werden. Unsere Bayernwerke liefern den Strom für 2½ Pfennige an die Umformerstationen. Der Bauer und der Kleingewerbetreibende aber müssen 25 Pfennig für diesen Strom bezahlen. Die meisten Gemeinden sehen in der Stromverteilung eben ein einfaches Mittel, ihre Kassen zu füllen, und überlegen nicht die Folgen, die solche Manipulationen für die Gesamtwirtschaft mit sich bringen müssen.

Es wird sich auch bei uns noch die Erkenntnis durchsetzen müssen, daß die Industrie nach der Geldordnung bei den gegenwärtigen Strompreisen kaum existieren kann. Es ist für die Dauer unmöglich, 8 Pfennige für den Strom zu bezahlen, wenn das benachbarte Württemberg den Strom heute schon billiger abgibt und wenn in Rheinland-Westfalen der Strom für 4 bis 5 Pfennige pro Kilowattstunde geliefert wird.

Bayern hat schon so viele Nachteile für seine Industrie: Einmal die Entfernung von den Rohstofflagern an Eisen und Kohle, die wir niemals werden entbehren können; weiter hat es viel mehr bezahlte Feiertage als die anderen Länder, und das Heer von Unterfertigungsempfängern erfordert auch einen großen Anteil am Volkseinkommen. So laufen wir Gefahr, daß, wenn hier keine Änderung eintritt, ein

**(Bodesheim [SP])**

Teil der Industrie seine Tore schließen oder nach anderen, günstigeren Ländern auswandern wird.

Die kommende Gelderneuerung wird unsere tatsächliche Armut erst recht erkennen lassen. Wenn heute manche noch in der Illusion leben, wir hätten ja Geld, aber die Ware zum Kaufen sei eben nicht da, dann werden sie bald erkennen, daß die Ware da ist, daß aber das Geld fehlt, diese Wünsche zu erfüllen. Auch dem Staat wird es nicht anders gehen; auch der Staat wird nach der Geldneuordnung bettelarm sein und viele Ausgaben streichen, die er heute vielleicht noch großzügig bewilligt. Es ist ja auch nicht denkbar, daß wir in Deutschland nach diesem verlorenen Krieg mit all seinen Vermittlungen noch in einem gewissen Wohlstand leben können, sondern wir werden uns in die Verhältnisse, wie sie vielleicht seit einigen Jahrhunderten, seit den Zeiten des Dreißigjährigen Krieges, nicht mehr waren, zurückversetzt denken müssen.

Man stelle sich auch nicht vor, daß sich das Ausland um unsere Produkte gerade reißen wird. Wir werden nur Artikel zu billigsten Preisen absetzen und mit Ländern primitivster Lebensanforderung, wie etwa Japan, konkurrieren müssen. Schauen wir nach England! England hat selbst als Siegerland schon heute Schwierigkeiten, seine Devisenwirtschaft auszugleichen. Unsere Werke, die in der Welt begehrte Artikel herstellten, sind abgebaut, unsere Patente sind vernichtet und unsere Betriebe veraltet. Wir werden also in der Weltwirtschaft einen schweren Kampf und eine schwere Stellung haben.

Manche Probleme, die wir heute im hohen Haus behandeln, werden dann unter einer ganz anderen Perspektive zu betrachten und wohl auch zu behandeln sein. Ich denke nur daran: Vor einigen Wochen wurde ein Antrag vom Hause großzügigermäßig einstimmig angenommen, den Kriegsverehrten, den ehemaligen KZ-Häftlingen und Verfolgten des Nazi-regimes einen Sonderurlaub von 14 Tagen zu gewähren. Wenn wir weiter bedenken, daß die Gewerkschaften für die Arbeiter einen gestaffelten Urlaub bis zu drei Wochen wünschen, so daß im günstigsten Falle fünf Wochen bezahlter Urlaub pro Arbeiter herauskommen kann, so sind das, glaube ich — so sehr ich es den Leuten gönne —, Belastungen, die die Volkswirtschaft später kaum noch tragen können. Solche großzügigen sozialen Gesetze können Einrichtungen sein, die nach hinten losgehen. Wenn heute noch mancher Arbeitgeber sozial eingestellt ist und mehr Kriegsverehrte einstellt, als ihm vom Arbeitsamt vorgeschrieben wird, so wird er, um konkurrenzfähig bleiben zu können, später vielleicht seinen Standpunkt doch revidieren müssen; und das liegt nicht im Interesse der Kreise, denen wir wohl tun wollen.

Beim Ausbau der Wasserkräfte gebe man der Initiative der Gemeinden und des freien Unternehmertums freien Lauf! Selbstverständlich muß zur restlosen Ausnutzung der nun einmal vorhandenen unveränderlichen Kapazität an elektrischem Strom von Staats wegen eine gewisse Lenkung und Planung einsetzen. Es ist aber nicht unbedingt notwendig, daß man die Handvoll — sagen wir einmal — bestehender Mammutwerke zur elektrischen Erzeugung heranzieht, um jeden Weiterausbau auch diesen zu lassen.

Es liegt dem Hause auch ein Antrag, die Gemeinde Füssen betreffend, vor. Füssen möchte die Wasserfälle des Lechs innerhalb der Gemeinde Füssen nutzbringend verwerten. Nun will die Gemeinde Füssen dieses Wasserkraftwerk in ihrem eigenen Gemeindegebiet bauen. Aber auch das große Überlandwerk Rempten hat denselben Plan, an derselben Stelle ein Werk mit derselben Kapazität zu bauen. Das Überlandwerk Rempten gehört zu 90 Prozent der Gemeinde Rempten. Es wurde nun vom Innenministerium dem Überlandwerk Rempten, das schon ein kleiner Mammutbetrieb ist, zugebilligt, dieses Überlandwerk Füssen zu bauen, und Füssen selbst, der Gemeinde, wurde es versagt. Damit können wir, die wir für die freie Unternehmerinitiative und für den kleinen und mittleren Betrieb eintreten, uns nicht einverstanden erklären.

Bei der Verteilung des Stroms innerhalb des Landes Bayern — nicht an die einzelnen Abnehmer, sondern innerhalb des Landes Bayern — betone ich die Notwendigkeit einer Lenkung. Es ist unerlässlich, daß ein Landeslastverteiler von einem Kommando stand aus die Möglichkeit hat, bei Stromausfällen einerseits und bei erhöhter Stromerzeugung andererseits mit einem Hebeldruck den Überfluß an Strom nach den Bedarfsgebieten umzulenken. Dieser Landeslastverteiler muß ja nicht unbedingt gleichzeitig Direktor des Bayernwerks sein.

Wir werden auch um die bessere Ausnutzung des Nachstroms besorgt sein müssen. Es geht nicht an, daß wir, wie es vorgekommen ist, von den rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerken Strom anfordern und hier die Wassermengen nachts blind fortlaufen lassen.

Es wird auch nicht mehr möglich sein, daß wir bei den starken Beanspruchungen, die die Wohlfahrtspflege an den ausgehöhlten Gemeinde- und Staatsäckel stellt, später einmal 80 Prozent des Lohnausfalls zahlen können, ohne vorher geprüft zu haben, ob man diese Arbeitszeit nicht in die Nachtschicht hinein verlegen kann, wie es jetzt vorgekommen ist!

Sie sehen, meine Damen und Herren, es wird viel an den Entschlüssen des hohen Hauses und viel an der Ausnutzung unserer Wasserkräfte liegen, ob es gelingen wird, die Wirtschaft und den Wohlstand Bayerns zu heben. Sorgen wir dafür, daß man einst auf uns nicht das Sprichwort anwenden kann: „Das Glück ihm günstig sei! Was hilft's dem Töffel; denn regnet's Brei, fehlt ihm der Löffel.“

Eine weitere Aufgabe des Innenministeriums liegt im Ausbau der Wasserstraßen. Ich komme hier auf ein altes Problem zurück; das ist der Ausbau des Rhein-Main-Donau-Kanals, der imstande wäre, uns die Kohle und das Roheisen vom Industriegebiet weit billiger und unter Schonung unserer jetzigen Verkehrsmittel nach Bayern zu befördern. Wenn wir durch die Verwendung der Wasserkräfte in erhöhtem Maße die Kohlen für unsere Zement- und Ziegelindustrie frei bekommen, dann kurbeln wir damit gleich unsere anderen Bauindustrien und den Wohnungsbau selbst an.

Wir begrüßen im übrigen die Zusammenlegung der verschiedenen Baureferate in ein Ministerium und sind der Auffassung, daß durch diese Zentralisierung eine bessere Organisation ohne den bisher üblichen und vielbeklagten Leerlauf ins Leben gerufen wird.

**(Bodesheim [FDP])**

Es ist nun unser Wunsch, daß diese neue Ordnung nicht nur eine Verwaltungsmaßnahme bleibt, sondern auch dem vornehmsten Ziel einer Erhöhung der Produktion dient. Die Baustoffindustrie wird aber trotzdem nicht genügend anlaufen können, solange sie benachteiligt ist und fast den geringsten Prozentsatz, nämlich nur 22 Prozent, der Kohlezuteilung hat. Tritt hier keine Änderung ein, so wird auch die beste Verwaltungsorganisation eben nur Bürokratie bleiben.

Es hat mich bei den Ausführungen meines Vordrängers, Herrn von Knoeringen, gefreut, daß er auch Lust daran hat, zu sehen, wie Bauten entstehen und wie das bayerische Volk selbst Hand anlegt, sich selbst zu helfen. Man soll nicht danach fragen: Wo kommt der Backstein nun gerade her? Die Hauptsache ist, es wird gebaut.

(Beifall bei der FDP.)

**I. Vizepräsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Krempf.

**Krempf (CSU):** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn zwischen den Wünschen und der Verwirklichung der Wünsche nicht ein endloses Meer läge, in dem fast alle, die an die Wirklichkeit herangehen, ersaufen, dann würde ich so manche Ausführungen, die ich bis jetzt gehört habe, sehr billigen und würde mit beiden Füßen in die Ausführung hineinsteigen. Es ist bei diesem Elend auf allen Gebieten, vor allem dem Elend auf dem Gebiet der Baustoffversorgung und der Behebung der Wohnungsnot für Flüchtlinge und Bombengeschädigte, meines Erachtens jetzt nicht die Zeit, parteiagitorisch zu sprechen, sondern es ist notwendig, einzig und allein die ernste, nackte Wirklichkeit sprechen zu lassen.

Ich spreche als einer, der sich einen Fachmann nennen darf, weil ich in diese Baunot hineingetrieben wurde. Sechs Tage vor dem Zusammenbruch, vor dem Einmarsch der Amerikaner, in 20 Minuten 3000 Tote in einer Stadt und 72 Prozent, 500 Wohnungen in Arbeitervierteln, zerstört! Täglich traten an mich 100, 200, 300 Menschen wegen Wohnungen heran. Sie möchten herauskommen aus den Kellern, herauskommen aus den Schuppen. Glauben Sie, daß man, wenn man in der Verantwortung steht, dann finstig wird und organisiert und daß ich es bewiesen und, ohne mich an irgend etwas anderes zu wenden, in den Jahren 1946 und 47, der Not gehorchend, in Schwandorf ein Beispiel für die freie Wirtschaft gegeben habe, die Initiative zeigt, um etwas zu bauen!

(Zuruf von der SPD: Mehr Fett!)

— Mein, dazu waren wir zu arm.

Die Zusammenlegung der Bauabteilungen in ein Ministerium ist ein Erfordernis der Not, sowohl in Bezug auf die Baustoffproduktion, wie in Bezug auf die Baustoffverteilung und auch nicht zuletzt in Bezug auf die Baugestaltung. Denn ich habe deutlich gesehen, daß es oben an der Einigung gefehlt hat; weil es 1945, 1946 oben gefehlt hat, habe ich mir unten selbst geholfen, und deshalb habe ich später Vorwürfe bekommen. Ende 1945 und Anfang 1946 habe ich Einsicht in die Baustoffproduktion und in die Baustoffverteilung bekommen. Damals rangen drei Ministerien um die Kompetenz. Es waren Baustoffscheine

gedruckt; aber verteilt wurden sie nicht, weil man oben zwischen den Ministerien monatelang herumstritt, wer sie verteilen soll.

(Zigler: Du hast Interimsscheine ausgegeben!)

Der Ministerialdirektor Dr. Wolf hat uns bei Tagungen in Nürnberg, Amberg, Augsburg, München den Rat gegeben, seitens der Bauämter Vorkaufsscheine oder Interimsscheine — wie mir gerade zugerufen wurde — an Ziegeleien, an Zementfabriken, an Dachziegelfabriken usw. auszugeben, bis einmal die Kompetenzstreitigkeiten zu Ende seien.

Besonders die Bauabteilung im Arbeitsministerium — das möchte ich hier feststellen — hat auf dem Gebiet des Wohnungsbaues, der sozialen Fürsorge, im Jahre 1945 und 1946 großzügig organisiert und System in den Wohnungsbau gebracht. Ohne System geht es auf dem Gebiet nicht. Ich habe das Gefühl, daß Ministerialdirektor Dr. Wolf und seine Abteilung organisatorisch auf Draht waren. Schwandorf und Neumarkt wären bei dem Tempo, wie es Ministerialdirektor Dr. Wolf durchzuführen versucht hat, in drei Jahren wieder aufgebaut gewesen. Dr. Wolf verlangte strikte, daß in Schwandorf jedes Haus ein Stockwerk höher gebaut wird, und wollte damit zugleich für Bergarbeiter und Flüchtlinge ca. 400 neue Wohnungen schaffen. Das war ein System zur schnellen Beseitigung der Trimmerhausen einerseits und zur schnellen Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen andererseits. Wir wollten zwei Fliegen auf einmal treffen.

Es muß System in der Bautätigkeit sein. Um Baustoffe und um den Boden, der noch dem Spaten oder dem Pflug verfügbar sein kann, für Spaten und Pflug zu sparen, müssen die Lücken in den Städten geschlossen und muß der Stockwerkbau in das System der Baubetätigung hineingezogen werden. Land sparen ist in der Zeit, da ein Millionenvolk auf einem kleinen Raum zusammengedrängt ist, eine der ersten Aufgaben. Wenn beispielsweise bei uns die Bautätigkeit so hätte weitergeführt werden können wie in den Jahren 1945/46, wären in Neumarkt und Schwandorf niemals diese Flüchtlingswohnungen entstanden. Ich sage das deshalb, weil ich beweisen will, daß im Aufbau ein System liegen muß. Wenn überall in ganz Bayern zu gleicher Zeit mit dem Bauen begonnen wird, haben wir in zehn Jahren noch keine Wohnungen. Wenn man aber dort anfängt und fertig macht, wo am schnellsten Wohnungen erstellt werden können, wenn man in kleinen Parzellen etwas Ganzes schafft, dann erreicht man wirklich etwas. Es gibt keinen Zweifel, daß man in kleinen Städten mit ihren verhältnismäßig kleinen Häusern und verhältnismäßig vielen Arbeitskräften — weil die Arbeitskräfte in den eigenen Familien stecken — schnell etwas schaffen kann.

(Zuruf: Darum Schwandorf zuerst und München kann liegen bleiben!)

— In München sind so viele Paläste, daß man zu viele Maschinen braucht, die gar nicht existieren.

Ich möchte heute noch Herrn Staatssekretär Fischer danken, daß er mir geholfen hat bei der Inangabe der ehemaligen städtischen Ziegelei in Schwandorf, und ich bedauere nur, daß es mir nicht gelungen ist, einen in der Nähe von Schwandorf leer stehenden Kalkofen in Betrieb zu nehmen. Ich sage das nicht wegen Schwandorf, sondern weil ich glaube, daß, wenn ein System, eine Durchorganisation vorhanden ist —

(Krempf [CSU])

die Hauptkunft einer Bauabteilung —, schnell etwas geschaffen wird.

(Zuruf: Zuerst also Schwandorf!)

Ich erwarte, daß durch die Zusammenlegung der Bauabteilungen im Innenministerium ein System in die Produktion und Baustofflenkung und auch in die Planung hineinkommt. Herr Kollege von Knoeringen hat hier wunderbare Gedanken vorgetragen, die auch mein Gedankengut sind.

(Heiterkeit.)

— Ich wiederhole: Er hat wunderbares Gedankengut vorgetragen, das auch mein Gedankengut ist; denn ich nehme auch von der Sozialdemokratie das Gute, das ich brauchen kann, insbesondere, wenn es mit meinen Ansichten übereinstimmt. Meines Erachtens müßten also, wie ich schon gesagt habe, die kleinen Städte zuerst aufgebaut werden, weil dort die Möglichkeit besteht, schneller etwas zu schaffen.

Bei der Bauplanung muß auch an die Stadtrand-siedlungen gedacht werden. Es ist aber falsch, solche Stadtrand-siedlungen neben die Trümmerhaufen von 60 Arbeiterhäusern hinzustellen. Das reizt andere zur Gegnerschaft. Stadtrand-siedlungen müssen gebaut werden. Wir in Schwandorf z. B. werden unsere Industrie nie mit Arbeitern versorgen können, wenn wir nicht um Schwandorf herum Stadtrand-siedlungen für die Flüchtlinge und Arbeiter schaffen. Notwendig ist dabei allerdings, um vorwärts zu kommen, daß man auch an die Maurer denkt und an die Bauhilfsarbeiter, und sie mit den nötigen Kalorien versorgt.

(Zuruf: und Vollbier!)

— Ja, und Vollbier; ohne die notwendigen Kalorien geht es nicht, insbesondere wenn nebdran im Bergwerk Wackersdorf die Bergarbeiter 4000 Kalorien und deren Frauen auch noch 2800 Kalorien bekommen, während die armen Maurer, die sich doch auch plagen müssen, mit den Durchschnittskalorien auskommen müssen. Auch hier müßte also die neue Bauabteilung des Innenministeriums dafür sorgen, daß dieser Kalorienunterschied überhaupt verschwindet und eine allgemeine Verbraucherschaft mit vielleicht 2000 Kalorien hergestellt wird. So geht es nicht weiter; denn das gibt eine Klassenherrschaft in der Arbeiterschaft; die einen sind kalorienstark und die anderen kalorienwindföchtig.

Wenn die Bauabteilungen nun im Innenministerium zusammengefaßt werden, dann bitte ich, daß nicht zu viel auf den Hochbau, die Eisenbahn und den Wasserbau verschoben wird

(Heiterkeit)

— das heißt nicht verschoben, sondern hingegeben wird. Ich glaube, daß niemand da ist, der mit Herrn von Knoeringen nicht übereinstimmt, daß der soziale Wohnungsbau die Not unseres Volkes ablösen muß.

(Sehr richtig!)

Einen Wunsch habe ich noch an diese Bauabteilung: daß ihr ein kleiner Stab von Abgeordneten zur Beratung beigegeben wird, weil wir Abgeordnete vor dem Volk die Verantwortung tragen und deshalb auch hier mitreden wollen. Es braucht dies kein großer Ausschuß zu sein; wenn es acht oder zehn Köpfe sind, ist er groß genug. Aber Einfluß muß er haben auf die Produktion, und in die Produktion muß

System hineinkommen. Vor allem muß auch in die Kohlenverteilung System hineinkommen. Wenn beispielsweise Zement fehlt, dann muß da mehr Kohle hingelenkt werden, und wenn Ziegel fehlen, muß dafür mehr Kohle abgezweigt werden.

Ich hatte Angst vor dieser Bauabteilung, als ich gestern die Rede des Herrn Staatssekretärs Fischer hörte. Als ich da von den vielen Wasserbauten vernahm, habe ich an die vielen Wasseradern gedacht und es ist mir angst geworden, es könnten diese Wasseradern gar keinen Raum mehr für die Landadern, ich meine für den Wohnungsbau lassen. Deshalb wäre mein Wunsch; wenn die Siedlungsämter, die wirklich gut gearbeitet und sich eingearbeitet haben, in die neue Bauabteilung mit übernommen werden, und daß an die Spitze des sozialen Wohnungsbaus ein starker Mann tritt, der hier fördernd organisiert.

Einen Wunsch möchte ich noch äußern: daß endlich der Bau von Holzbaracken für unsere armen Flüchtlinge und Siedler aufhört.

(Sehr richtig!)

Das ist nicht nur in der neuesten Zeit, in dieser Notzeit geschehen. Wanzennester sind diese Holzbaracken geworden, und man sollte doch abkommen von diesen unzulänglichen und nur einige Jahre haltenden Gebäuden, die nur eine Holzverschleuderung bedeuten, während man doch das Holz so notwendig für Dachstühle, für Möbel und andere Dinge bräuchte.

(Zustimmung.)

Auf diesem Gebiet ist viel gesündigt worden, und da müßte sehr vorsichtig umgegangen werden.

Heute haben wir die Wahlen zum Wirtschaftsrat durchgeführt. Da drängt sich mir der Gedanke auf: Wird dieser neue Wirtschaftsrat mehr Kohle nach Bayern dirigieren können? Wenn er nämlich nicht mehr Kohlen nach Bayern dirigieren kann, dann habe ich umsonst geredet und der Herr von Knoeringen auch und wenn noch 15 nach mir reden, reden sie auch ins Blaue. Wir können ohne Kohle nicht bauen, das wird mir der Herr Staatssekretär Fischer bestätigen, und so oft ich in die Baustellen komme, immer erhalte ich zur Antwort: Bringen Sie uns Kohle, dann können wir Baustoffe erzeugen. Ich glaube, auf diesem Gebiet müßte der Wirtschaftsrat noch energischer als Dr. Semler auf den Tisch schlagen so lange, bis wir auch in Bayern in Bezug auf die Kohlenbelieferung gerechter versorgt werden

(Zurufe)

entsprechend unseren Lieferungen dorthin. Wir hatten im Jahre 1946 durchschnittlich 30 000 Tonnen Kohle erhalten, im Jahre 1947 durchschnittlich 15 000 oder 18 000 pro Monat. Was heißt das? Im Jahre 1946 konnten unsere Öfen wenigstens etwas laufen, aber 1947 waren die meisten Öfen ausgelöscht. Das Volk draußen versteht das nicht. Wir sind gezwungen, das dem Volk draußen zu sagen, daß wir unschuldig sind. Da hilft eine Landtagsauflösung und eine Neuwahl gar nichts, wenn wir keine Kohle bekommen.

(Heiterkeit. — Zurufe.)

Ich begrüße trotz meiner Angst, die ich in Bezug auf den Wasserbau habe, die Zusammenfassung der Bauabteilungen, weil ich glaube, daß aus einer Zusammenfassung auch das, was Herr von Knoeringen angedeutet hat, erwächst: ein

(Zuruf: Wasserkopf!) — Heiterkeit)

(Krempf [CSU])

— nicht ein Wasserkopf, sondern ein Gehirn, das organisiert. Wenn der Landtag auch mitgestaltet und dieses Gehirn antreibt, damit es lenkt und organisiert, wird schon etwas herauskommen.

Bevor ich schließe, möchte ich kurz noch eines sagen: Alles schreit nach Baustoffen, auch die Kirchen schreien nach Baustoffen. Da sagt man: Die müssen 10, 20 Jahre warten! Und doch gibt es Kirchen, die aufgebaut werden müssen. Man kann nicht alles über einen Leisten schlagen. Es müssen Schulen gebaut werden, damit wir unsere Kinder in Schulräume bringen. Aber bei uns in Schwandorf ist beispielsweise ein großes Gebäude in ein Kino umgewandelt worden, und trotz dem Landtagsbeschluß ist es heute noch ein Kino. Wir müssen Schlachthäuser, Wohnungen und anderes bauen, aber dazu müssen wir erst die Baustoffe herbringen. Deshalb dürfen wir nicht mit Propaganda, sondern mit wirklich ernster innerer Überzeugung an die Dinge herangehen und die Bedürfnisse des Volkes studieren. Der Herr Staatssekretär Fischer in der Bauabteilung und sein Stab von Mitarbeitern haben eine wichtige Aufgabe, aber die wichtigste Aufgabe dieser Bauabteilung hat der Mann, der den Wohnungsbau organisiert. Er hat zwei Fliegen auf einmal zu schlagen: Auf der einen Seite sind die Häuser wieder aufzubauen, die durch die Fliegerbeschäden zerstört sind, und auch die Trümmer zu erhalten und zu retten, damit sie nicht ganz zerfallen, auf der anderen Seite sind zugleich — ich sage zugleich — Wohnungen für Flüchtlinge zu schaffen, weil bei uns in der Oberpfalz das Flüchtlingselend so groß ist, daß man nicht mehr länger zusehen kann. Es muß etwas geschehen. Von den Bombengeschädigten spricht schon niemand mehr, deren Elend ist man schon gewohnt; aber diejenigen, die in den Trümmern sitzen, die spüren das Elend am eigenen Leibe. Diese zwei Arten von Elend und Not können durch ein Aufbauministerium beseitigt werden.

Nun möchte ich noch ein Beispiel nennen, wie man System hereinbringen könnte: Herr Staatssekretär Fischer, geben Sie uns in Schwandorf und Neumarkt eine Million Ziegelsteine, eine Million Dachziegel,

500 Tonnen Zement, 500 Tonnen Kalk, dann werden wir in einem Jahr, 1948, 500 neue Wohnungen geschaffen haben!

**I. Vizepräsident:** Ich bitte um Ruhe. Ich möchte zunächst eine Mitteilung machen: Es fällt mir auf, daß die Unruhe im Haus immer größer wird. Die Herren Abgeordneten mögen einmal von mir die Mahnung mitnehmen: Wir müssen Ruhe halten, damit die Redner sich besser verständlich machen können.

Ich bitte den Herrn Ministerpräsidenten, zu einer Mitteilung das Wort zu ergreifen.

**Ministerpräsident Dr. Ehard:** Hohes Haus! Ich habe dem hohen Haus einen Befehl der Militärregierung unmittelbar von Herrn General Clay mitzuteilen, der mir eben überbracht wurde.

Herr General Clay hat erklärt, daß er die Wahl des Herrn Dr. Semler zum Wirtschaftsrat nicht billigt, (hört!)

das heißt, daß Herr Dr. Semler nicht in den Wirtschaftsrat einziehen kann.

Ich habe diese Erklärung entgegen genommen und darauf geantwortet: Ich nehme diese Erklärung entgegen und werde sie dem Landtag mitteilen. Es ist Sache des Parlaments, nach der Proklamation Nr. 7, die Mitglieder des Wirtschaftsrats zu wählen. Es ist Sache des Parlaments, seine weiteren Entschlüsse zu treffen.

Das ist alles, was ich im Augenblick zu sagen habe.

**I. Vizepräsident:** Der Herr Abgeordnete Dr. Hundhammer hat das Wort.

**Dr. Hundhammer (CSU):** Ich bitte, die Sitzung des Landtags zu unterbrechen und meiner Fraktion Gelegenheit zu geben, sofort zu dieser Sachlage Stellung zu nehmen.

(Stoß: Ebenfalls einverstanden!)

**I. Vizepräsident:** Es erfolgt kein Widerspruch. Ich unterbreche die Sitzung.

(Zuruf: Heute nicht mehr!)

— Gut! Dann möchte ich den Ältestenrat zu einer ganz kurzen Sitzung hierher bitten.

Die Sitzung für heute ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 17 Uhr 20 Minuten.)